

# Ostland

## Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin.

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1.50 RM. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf 1/2 Zeile 1.20 RM.

Nr. 23.

Berlin, 3. Juni 1932.

13. Jahrg.

Inhalt: 2. 26: 11. Jahrestagung des Deutschen Ostbundes. / 2. 27: Bericht und die Polen. / 2. 28: Urteilen in Ostpreußen. — Ein französisches Urteil über Ostpreußen. — Eine englische Zeitschrift in Ostpreußen. / 2. 29: Die neue Heimat der Vertriebenen. / 2. 30: Das Heiliger Dreieck. — Polen mit Ostpreußen „befreien“. — Politische Plänenänderung von Danzig. — Militärische Vorbereitung der Invasion in Ostpreußen. / 2. 31: Das politische Stimmungslage in Ostpreußen. — Die Reaktion von Weizsäcker verworren. — Das politische Selbstvertrauen in Ostpreußen. — Eine politische Monatszeitschrift in Ostpreußen. — Das Heiliger Dreieck (Wannsee) gegründet. / 2. 32: Die neue neuen Sicherungsmaßnahmen mehr. — Arbeitsdienst in Ostpreußen. — Bundesbeschlüssen. / 2. 33: Aus der Bundesarbeit. / 2. 34: Ostpreußenstrahlen.



### 13. Jahrestagung des Deutschen Ostbundes in Berlin.

Zahlreicher Besuch aus dem ganzen Reich. — Einhellige Beschlüsse zu den wichtigsten Ostfragen. — Protest gegen die polnischen Raubgelüste. — Der Ostbundgedanke marschiert! — Förderung der Frauenarbeit und der Jungsozialisten.

Der Deutsche Ostbund hielt am 27. und 28. Mai in Berlin seine 13. Jahrestagung ab. Sie fand in den Räumen des Volksdeutschen Klubs statt und war von Vertretern aller Landesverbände aus allen Teilen des Reiches gut besucht. Der vorgelegte Jahresbericht zeigte, daß der Deutsche Ostbund im abgelaufenen Jahre trotz der Wirtschaftskrise und sonstigen Zeitnöte wiederum eine ebenso bedeutsame wie mannigfaltige Tätigkeit ausübt hat, und daß er in ungebrechlicher Kraft besteht, wiewohl auch er unter den schweren Zeitnöten zu leiden geübt hat. Auch in finanzieller Hinsicht hat er, ebenso wie seine Tochtergesellschaften, die schweren Stürme des vorigen Jahres gut überstanden. In eingehenden Ansprüchen wurden organisatorische Fragen aller Art geklärt und entschieden. Vor allem aber bewegte sich die Ansprache um die aktuellen Fragen der Ostpolitik, die im Vordergrund unserer Innen- und Außenpolitik stehen. Die Bundesversammlung nahm Stellung dazu in einer Reihe von Entschließungen, die durchweg einmütige Annahme fanden, ein Beweis für die Geschlossenheit des Deutschen Ostbundes in allen wichtigen Ostfragen. Es wurde eine Reihe neuer wichtiger Anregungen gegeben, die eine Erweiterung der Tätigkeit des Deutschen Ostbundes zur Folge haben werden. Der weitere Ausbau der kulturpolitischen Tätigkeit des Deutschen Ostbundes soll — darin waren sich alle Anwesenden einig — mit allem Nachdruck betrieben, die Aufklärung über den deutschen Osten in diesen entscheidenden Zeiten mit allen Mitteln gefördert, die Bildung neuer Frauendienstgruppen und neuer Jungsozialisten bei den einzelnen Ortsgruppen nachdrücklich betrieben und deren Arbeit zielbewußt mit in den Dienst der Aufklärung aller Bevölkerungsschichten über die Bedeutung der Ostfragen gestellt werden. Es gilt, die Zeit wahrzunehmen, angefaßt der bevorstehenden Neugestaltung der Verhältnisse Europas die Stimmung für eine Neuordnung der Zustände in unserem Osten zu nützen.

#### Eine Präsidialsitung,

die von nachmittags 3 Uhr bis abends 8 Uhr dauerte, ging am Donnerstag der Gagung voraus. In ihr wurden eine Reihe wichtiger Organisationsfragen besprochen, während ein anderer Teil der Verhandlungen der Vorbereitung der Bundestagung und einer Vortragsrede der auf ihr zu erzielenden Angelegenheiten galt.

#### Hauptvorlandungsjung.

Der Hauptvorland, der von den Vorkandidaten aller Landesverbände und dem Bundespräsidium gebildet wird, tagte am Freitag in der Zeit von vormittags 10 bis abends 7 Uhr. Alle Vorkandidatenglieder bis auf zwei, die sich vertreten ließen, waren anwesend.

Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Bundespräsident Ginschel den vielen Vandslutern, die im letzten Jahre durch Deutschland aus den Reihen des Ostbundes ausgeschieden sind und die dem Deutschen Ostbund bis zum letzten Atemzuge die Treue gebot haben, herzliche Worte des Gedankens. Die Anwesenden erhoben sich zu Ehren der Verstorbenen von ihren Plätzen.

Im Anschluß daran dankte Bundespräsident Ginschel der großen Zahl derer, die sich Jahraus, jahrein ehrenamtlich im Deutschen Ostbund zum Nutzen ihrer Vandslute im Bundespräsidium, in den Landesverbänden und in den Ortsgruppen betätigt und dabei manngestalt bemüht sind, unserer alten ostmarkischen Heimat und dem dortigen Vandsluten zu helfen, und die den Kampf gegen das im Osten begangene Unrecht mit aller Kraft fortsetzen helfen; er bat alle Getreuen, in dieser schweren Notzeit auch künftig nicht zu erlahmen in dem gerechten und ausdauernden Kampf um Volk, Heimat und Vaterland, in dem wir stehen, und forderte auf, diejenigen Vandslute, die in diesem Kampf müde zu werden drohen, nicht aufzugeben, sondern um ihre Seelen zu ringen und sie wiedergewinnen für das gemeinsame Ringen um unsere große, gute und gerechte Sache.

Redner gab dann unter Hinweis auf den vorliegenden Jahresbericht einen kurzen Überblick über den Stand der Ostbundangelegenheiten, worauf Herr Bundespräsident Gehrmann Schmidt die vorgelegte Abrechnung für 1931 erläuterte. Es folgte eine eingehende Ansprache über die Lage des Ostbundes, die Tätigkeit der Bundesleitung, die Verhältnisse in den Landesverbänden und die Schwierigkeiten in manchen Ortsgruppen, wobei eine vielfach fruchtbare Kritik geübt und die mannigfaltigen Anregungen gegeben wurden.

Im Anschluß daran erfolgte die Vermittlung des Haushaltsvoranschlags für 1932. Dann wurden die eingegangenen Anträge eingehend besprochen, was von selber zu grundlegenden Ansprüchen über wichtige Organisationsfragen, über die künftige Werbemöglichkeit und Aufklärungsarbeit als führte.

In das Bundespräsidium wurde an Stelle des Herrn Archibator Dr. Ruppke, Stuttgart, der sein Amt niedergelegt hat und dem Herr Ginschel für die großen Verdienste dankte, die er sich in langjähriger Tätigkeit im Präsidium und als Vorsitzender des Landesverbandes Vorposten erworben hat, Herr Oberlandesgerichtsrat Dr. C h i e m z, Celle, gewählt. Gleich wurden Anträge über die künftige Zusammenlegung des Bundespräsidiums vorgebracht.

Die vorgelegten Richtlinien für die Tätigkeit der Bundesorgane, die durch die im vorigen Jahre angenommenen neuen Bundesstatuten notwendig geworden sind, wurden besprochen und genehmigt, ebenso eine Geschäftsausschreibung für das Kassen- und Abrechnungswesen im Deutschen Ostbund.

## Die geschlossene Vertreterversammlung

begann Sonnabend vormittag 10 Uhr. Bundespräsident Gieseler dankte noch herzlichem Begrüßungsband für das jubelnde Erscheinen, das um so erfreulicher sei, als der Bund dieses Mal in einer besonders bewegten und schicksalsschweren Zeit lage. Wenn die amtlichen Stellen offen erklären, daß im Osten demnächst voranschreitend die zu drei Millionen Menschen bestehende Bevölkerung, die noch durch die Ostsiege der bisherigen Eigenmächtigkeiten nicht erschöpfen werden können, in andere Hände übergeben dürfte, so braucht man kein Wort weiter zu verlieren über die unangenehme Gefahr, in der sich unsere Ostprovinzen befinden (Zustimmung). Nicht nur, daß es sich um den Ruin jubelreicher Familien handelt, die zum Teil seit Jahrhunderten auf ihrer Scholle ansässig waren und die trotz aller Entbehrungen und vermeintlichen Bemühungen, sich zu halten, in Folge der Unrentabilität der Ostprovinz ihre Existenz verlieren und entwürden werden. Unsere militäre Ostprovinz ist eine Erfahrung, wie mehr das Sprichwort ist, „hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt!“ und wir wissen daher auch, daß eine solche Katastrophe der Ostprovinz im Osten auch für die hiesige Bevölkerung, für Industrie und Handel, Handwerk und Arbeiterlohn, je für das ganze wirtschaftliche, kulturelle und soziale Leben der Städte selbst von verhängnisvoller Bedeutung werden kann. Von den drei Millionen Menschen Band, die zum Verkauf kommen, sollen je eine Million Menschen nach dem Osten, eine Million nach dem Westen, eine Million in die Siedlungsland verbracht werden. Wir wollen hoffen, daß durch Vermittlung der dazu erforderlichen Mittel endlich eine wirklich großzügige Umsiedlung zustande kommt und dadurch eine Stimmelle neuer Menschen nach dem Osten getragen und dort wirklich bodenständig wird. Aber um letzteres zu erreichen, muß unbedingt in erster Linie dafür gesorgt werden, daß die Ostprovinz wieder rentabel gemacht wird, sonst wird es für unsere Wirtschaft erstrebte Erfolg nicht eintreten. Nebenfalls muß die Ausübung der Siedlungsbemühungen mit besonderer Sorgfalt erfolgen, damit unnütze Rückschlüsse vermieden werden. Es müssen vor allen Dingen Menschen angezogen werden, die die Verhältnisse des Ostens kennen, die die Eignung und Kraft haben, sich dort unter den jetzt schwierigen Verhältnissen zu behaupten. Unter den aus dem abgetretenen Gebiet Vertriebenen oder sonst aus den Ostprovinzen abgewanderten Deutschen, die vorzugsweise in den westlichen und sonstigen deutschen Anbaugebietern zuhause hatten, sind bis zu einem gewissen Ausmaß eine trübende Gefahr für den Ostprovinz. Dieser Mensch nach dem Osten zurückzuführen, befinden sich viele, die auf dem Lande groß geworden und durchaus erprobt sind, nach dem Osten zurückzuführen und sich als Siedler wieder anzusiedeln, denen aber das Geld fehlt, um die nötigen Anordnungen leisten zu können. Reich und Glanz können nichts Besseres tun, als sich diese vielfach kinderreichen Familien für das Siedlungsrecht zu sichern und ihnen die Möglichkeit zu überlassen, wenn auch zunächst nur kleinerer Stellen, zu gehen, damit sie wieder gelang. Verhältnisse kommen, die nicht so sehr der heutigen Finanzlage nicht leicht, die Gelder dafür aufzubringen; aber um ein Wille ist, wird sich auch ein Weg finden, diese wertvollen Menschenkräfte mobil zu machen, die mehr wert sind als Geld.

Suwerellige Menschen nach dem Osten zu schaffen, je heute notwendiger denn je, wo das Polentum seine Raubgierde auf weiteres deutsches Land unerbittlich zu erkennen gibt. Wir dürfen den Osten nicht überlassen lassen, um ihn nicht der ohnehin großen Gefahr der Simitierung auszuliefern. Eben erst habe ein polnischer Schriftsteller, Waldemar Bator, mit Frohlocken feststellen zu können geglaubt, daß die Deutschen, die sonst im Verlauf ihrer Geschichte selbst nach jedem Niederbruch und in schwerer Zeit den Drang nach dem Osten nicht ausgehen hätten, jetzt drauf und dran seien, dies zu tun, da die Deutschen nicht nur in Massen die abgetretenen Gebiete verlassen hätten, sondern durch eine zunehmende Abwanderung mehr und mehr auch die ihnen überlassenen Ostprovinzen verlassen hätten. Dieser polnische Schriftsteller habe auch festgestellt, daß das „Polentum“ sich namentlich in jener mittelmäßigen Volksgruppe, die sich zwischen dem 20. und 40. Lebensjahre befindet, ganz anders vermehre als die deutsche Bevölkerung, und daß somit in 40 bis 50 Jahren die Bevölkerung des polnischen Staates — die heute nur rund halb so groß sei wie die Deutschlands — die gleiche Stärke erreicht haben werde. Wenn auch, so führt der Redner fort, der liebe Gott dafür zu sorgen pflegt, daß niemals die Bäume in den Himmel wachsen und wenn wirtschaftliche und andere Verhältnisse sich zu verändern können, daß jene polnischen Hoffnungen sich nicht erfüllen, so müssen wir Ohnmächtig und doch Hoffnungen haben: dürfen wir einer möglichen Entdeckung dieser Art ruhig zusehen, oder haben wir nicht vielmehr vor allen anderen deutschen Volksgenossen die Pflicht, unsererseits auf die in der Tat in dieser Hinsicht im Osten drohenden Gefahren hinzuweisen und als Hüter der Ostfrage zu verlangen, daß das Bismarckdeutschstum, das Parlament und Presse, Staat und Reich diese Fragen, die einfach ausstehende sind für die Zukunft unseres Volkes und Vaterlandes sind, noch mit höherer Aufmerksamkeit zu behandeln, als es jetzt geschieht (Sehrstimmige Zustimmung). Der Deutsche Ostbund hat schon vor Jahren auf seiner großen Dresdener Tagung auf diese bevölkerungspolitische Bedeutung der Ostfrage eindringend hingewiesen und hat damals eine parlamentarische Kommission ernannt, und bald darauf auch eine einberufene Volksliste des Herrn Landtagsabgeordneten Pischke: „Wir sinden oder wir sinken!“ verbreitet und auch sonst in jeder erdenklichen

Weise auf die große Gefahr einer Verödung des Ostens hingewiesen. Gewiß ist eine Umsiedlung großen Stils unbedingt notwendig, oder es ist mit ihr allein nicht getan, und es ist vor allem Gile gegeben. Aber wollte das beweisen in einer Zeit, in der die Polen offen zugeben, die einzig richtige Lösung der Ostprovinzfrage sei die, daß sich Ostprovinzen in Polen einfinden lassen und die Ostprovinz, in der sie ferner geblieben und offen die Lösung ausgehen: „An die Ober!“ und immer wieder die Forderung zu begründen suchen, daß alles Land bis an die Oder urpolnisch sei und daher Polen noch zugesprochen werden müßte, obwohl das Unberechtigte dieser Forderung vor aller Welt offenkundig ist und sie eine „phantastische Darstellung, genau so wie die polnische Parole, die ein Polen von Meer zu Meer, d. h. von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, durchziehen will. Aber wie kann man die deutsche polnische Volk lebt hinter sich: die Forderungen und ist bereit, jedes Opfer dafür zu bringen. Die unausgesprochene Auffassung Polens, für die der halbberückte Staat den dritten Teil aller Staatsausgaben aufzubringen, die Militarisierung der Zivilbevölkerung in den Gegenden, Schützen- und Jugendverbänden, ja die Schaffung besonderer Frauenerganzenationen, die sich der Vorbereitung der Mitglieder für ihre Verwendung in Kriegsdienst widmen, die Aufforderung des polnischen Kriegsministers, daß jedes polnische Haus eine polnische Frau zu sein müsse, die Bildung einer Reservearmee im Kurland, die Entschärfung der von entworfenen Gebiete und das systematische Verbringen des Polentums über die Grenze, das sind Gefahren im großen wie im kleinen, die nicht nur für unsern Osten, sondern für unser Vaterland verhängnisvoll werden können, wenn sie nicht rechtzeitig erkannt und wenn nicht für eine geschlossene Abwehr gesorgt wird. (Sehrstimmige Zustimmung). Durch die Forderung der dritten Million auf diese Gefahr hinzuweisen und diesen Abwehrkampf zu fordern und in ihm in den mannigfaltigen Tätigkeitsformen mitzuwirken, das ist die große geschäftliche Aufgabe unseres Bundes wie der anderen Ostverbände. In diesem Kampf haben wir Mitglieder der Ostverbände alle das gleiche Ziel, den gleichen Willen und den gleichen Herzsinn. Darum wird es hoffentlich gelingen, früher oder später auch zu einem geeinten und geschlossenen Vorgehen der Ostverbände zu kommen. Bis dahin muß unsere Parole lauten: „Getrennt marschieren, aber vereint schlagen.“ (Zustimmung.)

Wie sehr die Dinge im Osten sich zuspitzen haben, dafür war bezeichnend die Tatsache, daß jüngst die Vertreter meier großer englischer Blätter, die sich in Polen aufhielten, ihren Zeitungen melden konnten, Polen bereit sei den 1. Mai einen bewaffneten Überfall auf Danzig vor, wobei es dahingestellt blieb, ob dieser Überfall durch reguläres polnisches Militär oder durch polnische Freischützen ausgeführt werden sollte. Wer sich erinnert, daß Bismarck die Ostprovinzen, durch einen polnischen militärischen Überfall nach Reichsland entnommen und Polen einverleibt worden ist, mer sich des Einflusses litauischer Freischützen in den Memelland erinnert, der werde die Gefahren, die in der Besiegung im Osten drohen, nicht unterschätzen.

Nach weiteren Ausführungen über die Lage des Freilandes Danzig und die ihm aus Polen her drohende Gefahr sowie nach Hinweisen auf die anderen Gefahrenbereiche im Osten warf der Redner in großen Zügen Streiflichter auf die möglichen Komplikationen, die sich durch die Entwicklung der Verhältnisse in Sowjetrußland und im Fernen Osten für uns ergeben können, und betonte, daß sich dadurch in nächster und fernere Zukunft leicht Wirtschaftskatastrophen ergeben könnten, gegenüber denen möglicherweise unsere jetzige Wirtschaftskrisis nur ein schwacher Anfang sei, und es könnten dem weltanschaulich Beeinflussten von Sowjetrußland her folgen, die das Schicksal vom Untergang des Abendlandes, d. h. der abendländischen Kultur, in bedenkliche Höhe rücken. Auch denkt man weiter an die Möglichkeiten, die von Japan seinen Ostprovinzen nach Osten hin drohen. Es kommen vielleicht neue Völkerwanderungen aus dem Fernen Osten, gegen die Völkerwanderungen der alten Germanen und die früheren Mongoleninvasionen ein Kinderpiel waren. Um Verlauf so gewaltiger Wandlungen könnte zwar auch die Polanzfrage eine leichtere und raschere Lösung finden, als jemand heute zu hoffen mag. Aber die Willensbewegung einer Entwicklung, die eine solche Lösung herbeiführt, könnte leicht auch Deutschland überfluten und unübersehbare Umgestaltungen herbeiführen.

Wenn man die Dinge so sehen, so wird uns mehr wie je klar werden, daß die Zukunft unserer Ostprovinzen und unseres Vaterlandes in der Entwicklung im Osten, wo so vieles im Stillen, abhängig, daß darum, wenn wir nicht bloß dem Tage leben wollen, sondern auch an die Zukunft denken, eine zielbewusste Ökopolitik im Mittelpunkt der ganzen Arbeit unseres Volkes stehen muß und daß von der richtigen Lösung dieser Frage glatt Gedeih und Verderb des Vaterlandes abhängen wird.

Wir müssen mir klarer denn je betonen in einer Zeit, in der wir die Zukunft unserer Ostprovinzen und unseres Vaterlandes in der Entwicklung im Osten, wo so vieles im Stillen, abhängig, daß darum, wenn wir nicht bloß dem Tage leben wollen, sondern auch an die Zukunft denken, eine zielbewusste Ökopolitik im Mittelpunkt der ganzen Arbeit unseres Volkes stehen muß und daß von der richtigen Lösung dieser Frage glatt Gedeih und Verderb des Vaterlandes abhängen wird.

Verhältnisse wieder in Ordnung zu bringen, die Wirtschaft hier wieder gelund zu machen, damit Stadt und Land nicht verderben, sondern vorwärts kommen, die deutsche Kultur im Osten nicht in Trümmer sinken zu lassen, sondern sie mit aller Kraft aufzubauen. Denn in dem mehr als tausendjährigen Kampf um den Osten liegt unzweifelhaft dasjenige Volk, das die höhere Kultur besitzt und vorbereitet und dadurch die größere Anziehungskraft ausübt.

Damit ist unserer Arbeit, unserer Organisation die Bahn vorgezeichnet: sie muß den Menschen helfen, die in Kampf und Not zu erliegen und allein gegen die allgemeinen Weltverhältnisse sich nicht wehren und die sich nicht selbst helfen können — den Menschen jenseits der Grenze, seien sie Verbündete, die erst noch in dem Wirtschaftskampf unseres Volkstums wieder einzuwandern sind, seien es Einheimische, denen die Augen geöffnet werden müssen über das, was auf dem Spiele steht, daß es gilt, dem Osten zu helfen, damit seine Wirtschaft und seine Kultur, die mit ungeheurem Schwelge schlossen werden sind, nicht zugrunde gehen, damit der Osten nicht weiter verarmt und verödet, daß er nicht wiederum zum Cummehpöhl norddeutscher flammiger Völker wird, wie bereits auch der großen Völkerverdrängung, daß so dem Vaterland das härteste Volkwerk erhalten werden muß, das es vor dem Untergang retten kann.

Den Menschen hilft man nicht nur dadurch, daß wir ihre materielle Not bekämpfen, sondern auch dadurch, daß wir sie in innerer Einkehr und zu innerer Wandlung bringen. Natürlich muß der Mensch, um leben zu können, zunächst das tägliche Brot und ein Dach über dem Kopf haben. Darum werden wir in der Entscheidungfrage den Kampf um eine gerechte und einmühsamen ausreichende Schloßhaltung nicht aufgeben, bis dieses Ziel erreicht ist. Aber zugleich wollen wir stets und ständig unseren Mitgliedern wie den meisten Volksgenossen klar machen, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt, daß er nicht nur für das tägliche Brot sorgen, sondern auch für die Ewigkeit schaffen muß, d. h. daß er sorgen muß in erster Linie auch für alles das, was ein Volkstum in guten und bösen Tagen erhält und es geeignet macht, zum Träger großer Taten zu werden, die die Menschheit vorwärts bringen. Spätere Geschlechter werden nicht fragen, was wir in dieser Zeitzeit gelitten, sondern was wir getan haben, um das Unglück des Vorkriegsanges zu überwinden, um uns Volksgenossen zu erheben, um sie wieder nach vorwärts zu bringen. Wenn wir nicht um die der Vergangenheit unseres Vaterlandes beschaffen, nicht danach fragen, was in früheren Zeiten, die nicht besser waren die unsrigen, unsere Vorfahren gelitten haben, sondern nur danach, was sie aus dem Unglück gelernt, wie sie sich im Unglück bemüht und was sie getan haben, um wieder bessere Zeiten herbeizuführen. Wenn wir unsere Arbeit zu auffassen, dann werden wir ganz von selbst nicht nur das Brot und die Liebe unserer nächstehenden Volksgenossen haben, sondern viele tausenden Brüder und Schwestern. Darum werden wir einmühsamen gemeinsam, dann wird sich ergeben, daß wir einen Kreuzweg gegen Not und Unrecht führen, daß wir einen heiligen Krieg führen, in dem wir die Unterdrückung durch alle Volksgenossen mit Recht verlangen können. Erleben wir die Arbeit in unserem Bunde so, dann wird es weniger vorkommen, daß Leute uns den Rücken kehren, weil sie ihre Entscheidung bekommen haben und nun glauben, der Ostbund könne ihnen nichts mehr nutzen, daß die Intelligenz uns fernbleibt, weil sie glaubt, sie werde bei uns nur auf die Beherrschung materieller Interessen stehen, daß die Einheimischen uns fernbleiben, weil sie glauben, der Osten gebe sie nichts an. Wir werden dann im Gegenteil eine neue Entwicklung erleben: dann wird unsere eigene Jugend und — wie das jetzt zum Teil schon der Fall ist — auch die einheimische Jugend uns begeistert unterstützen, unsere Reihen verstärken und die Reihen ausfüllen, die der Tod täglich in erschreckendem Maße in die Reihen unserer Mitglieder riß. Dann werden unsere Frauen noch begeisterter als bisher für uns arbeiten. Dann werden wir sehen, daß die Bevölkerung aus der einheimischen Bevölkerung ihnen folgen, weil sie die Sonne der Hoffnung im Osten aufgehen sehen, Zukunftsmöglichkeiten der Entwicklung für unser Volk erblicken, die aus ihren Kindern, die jetzt im erregerten Vaterland so wenig Aussicht haben, sich irgendwo eine Existenz schaffen zu können, Ausblicke auf Arbeit und Erfolg bieten. Dann wird der Deutsche Ostbund werden, was er werden muß: eine große deutsche Volksbewegung, beseitigt von dem Geist ostdeutscher Menschen, aber getragen von dem Bewußtsein und der Mitarbeit aller deutschen Volksgenossen.

Unter lebhaften Beifall schloß der Redner: nach kurzen Darlegungen über die Sühnefrage mit dem Wunsch, daß Verhandlungen der Bundestagung, unbeschadet aller Kritik, im Geiste der Brüderlichkeit und des Strebens nach dem gleichen Ziele geführt werden möchten, um beizutragen zur Erreichung der großen unüberwindlichen Ziele des Deutschen Ostbundes, zum Segen des Ostens und zum Heile des Vaterlandes.

„Von unserm allerehrten Bundespräsidenten, Herrn Geheimen Oberregierungsrat von Cilly, war, wie der Verhandlungsleiter bekanntlich, ein Schreiben aus Wien, in dem er mitteilte, daß er wegen der Behandlung von Wien die Beschlüsse der Bundestagung nicht teilnehmen könne, aller Teilnehmern herzlich Glück entbot und den Verhandlungen besten Verlauf wünschte.“

Unter Hinweis auf den vorliegenden Jahresbericht (auf dessen reichen Inhalt wir noch zurückkommen) gab Bundespräsident Cilly ein dann einen kurzen Überblick über

#### die Lage des Deutschen Ostbundes.

Er mied darauf hin, daß die Wirtschaftskrise und die ungeborene Not, die in den meisten Kreisen des deutschen Volkes herrscht, namentlich auch unter den Ostberührten, sich natürlich auch in der Mitgliederbewegung des Deutschen Ostbundes geltend gemacht haben. In großer Zahl haben Erwerbsloste und Arbeitsunfähige von den Mitgliederbeiträgen ganz oder teilweise befreit werden müssen. Andere Mitglieder haben sich abgemeldet oder einfach nichts mehr von sich hören lassen, so daß sie gestrichelt werden mußten. Und so ist eine Schrumpfung im Mitgliederbestande eingetreten, die in manchen Ortsgruppen größer, in anderen kleiner ist, aber sich doch immerhin im ganzen empfindlich bemerkbar macht. Freilich ergeben die Jahresberichte der einzelnen Ortsgruppen, daß viele dieselben Wegzug durch Werbung neuer Mitglieder mehr oder minder ausgeglichen haben; ja, es gibt eine gar nicht kleine Anzahl von Ortsgruppen, die es verstanden haben, durch besondere gezielte Werbung, insbesondere auch unter den Einheimischen, ihren Mitgliederbestand erheblich zu vergrößern. Von den Ortsgruppen sind immerhin 60 eingegangen. Dabei handelt es sich freilich jumeist um kleinere Ortsgruppen, die ohnehins seit einiger Zeit mehr oder minder auf dem Papier handet und die hauptsächlich eingegangen sind, weil durch Todesfall, Krankheit oder Verzug der bisherige Führer ausgefallen war und nicht sofort durch eine geeignete Persönlichkeit ersetzt werden konnte. Die Mitglieder sind darum der Deutschen Ostbund nicht immer verlorengegangen, sie haben sich wieder in anderen bemerkenswerten Ortsgruppen angegeschlossen, vielfach sind fehlende Ortsgruppen auch zu neuen Leben erweckt, außerdem sind 6 Ortsgruppen neu gegründet worden. Die Zahl der Ortsgruppen betrug am Jahresschluß 440. Rechnet man dazu noch die uns angehörenden Vereine und Verbände, so beträgt die Gesamtzahl über 500.

Die Zahl der Frauengruppen beträgt 67; eingegangen ist im vergangenen Jahre keine einzige, wohl aber sind einige neue gebildet worden.

Die Jugendbewegung ist durch Herrn Dr. Thiele neu in Fluss gebracht worden. Eine große Anzahl neue Jungmänner hat sich im letzten Jahre aus unseren Ortsgruppen heraus entwickelt, und durch das glänzende Verlaufene der Reichstreffen unserer Jungmänner in Genorode hat unsere Jugendbewegung zweifellos einen starken, neuen Auftrieb erhalten.

Rebner ging dann kurz auf das Verhältnis des Deutschen Ostbundes zu den Behörden und Parlamenten ein. Dieser Verhältnis habe, daß sich nichts Wesentliches geändert hat. Dann berichtete er über das Verhältnis des Bundes zu den anderen Ostverbänden, wobei er betonte, daß zwischen dem Bundesleitenden meist freundschaftliche, in jedem Falle aber mindestens korrekte Beziehungen bestehen, daß infolgedessen mit den Verbänden vielfach bei Rundbesuchen zusammengekommen werden konnte, und daß auch im Lande überall zwischen den Landesverbänden und Ortsgruppen des Deutschen Ostbundes und den übrigen Unterguppen der Oberbünde und sonstigen landsmannschaftlichen Organisationen ein gutes Verhältnis besteht und daß vielfach zwischen ihnen Arbeitsgemeinschaften gebildet worden sind, die mit größtem Erfolge nach außen hin auftraten konnten. Dabei gab der Redner dem Wunsch Ausdruck, daß diese Beziehungen überall auch weiterhin mit besonderer Sorgfalt gepflegt werden möchten und daß, wo im Lande es an einem solchen Zusammenwirken der Ost- und Grenzlandverbände noch fehlt, auf dessen Herbeiführung besonderer Wert gelegt werden möchte.

Was die Tätigkeit des Bundes anlangt, so mied der Redner auf die Entscheidungfrage hin und auf die Arbeit des Bundes, die zur endlichen Abgeltung der Emigrantensteuer geführt hat, sowie auf die erfolgreichen Bemühungen um Stillhaltung der Gläubiger gegenüber Geschädigten, die ihre Schuldbeiträge nicht einbringen lassen, ferner um die Auslösung geschädigter Bombardierten dieser Art durch das Reich, ferner auf die Tätigkeit zur Wiederaufstellung der Entscheidungsfähigkeit. Er bewies, daß in großen Taten die außerordentlich unflüssige Arbeit auf kulturpolitischen Gebiet, insbesondere die der Ostdeutsche Rundfunkwoche und die Mitwirkung der Ostbündelbildung dabei hervor, die große Ostdeutsche Wanderausstellung, die in Hamburg, Wittenberg, Magdeburg, Halle usw. stattfand und einen ungewöhnlichen Erfolg darstellte, ferner die auf Wunsch der Stadt Magdeburg durchgeführte Veranstaltung große Schmelze-Ausstellung, die ebenfalls überaus reichlich besucht war und gleichfalls einen Wanderausstellung bei Behörden, Presse und Publikum große Anerkennung fand. Alle diese Ausstellungen hatten sich nicht nur eines außerordentlichen Erfolges erfreut, sondern auch eines solchen durch Schenkungen aus Stadt und Land zu erfreuen. Die weitere mannigfaltige kulturpolitische Tätigkeit ergibt sich aus dem Jahresbericht.

Die Siedlungsstelle des Deutschen Ostbundes habe die allgemeine Wirtschaftskrise des vorigen Jahres ganz überfallen und keine Zurückfälle zu beklagen, namentlich deshalb, weil durch die von der großen Zurückhaltung beim Ankaufgeschäft während der Hauptkrisenzeit sie von den Entwertungen, besonders des lebenden Inventars, verschont geblieben ist. Die angelegten Siedler Hfen lief ausnommens aus ihren Stellen, hätten natürlich ihrerorts ebenfalls schwer wie

alle Wandorte unter dem Preisverfall zu leiden, so daß auch in ihrem Interesse die Wiederherstellung der Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft im allgemeinen gefördert werden mußte.

Die Wohnungsbaugesellschaft Deutscher Ostland habe durch die Vorarbeiten über das Wohnungsproblem bei den Inhabern der über 600 Wohnungen, die sie erstellt habe, hinsichtlich der Mieten entgegenkommend und habe dies infolge der beherrschenden Vererblichkeit des Grundbesitzes und infolge sonstiger eigener Maßnahmen auch gekonnt, ohne in Schwierigkeiten zu geraten. Bei der Gesellschaft Aufbaubank (Selbsthilfsbank) sei es gelungen, die gewährten Kredite trotz der außerordentlichen Schwierigen Lage durchhalten und Zwangsmaßnahmen gegen Verlehnnehmer zu vermeiden; auch sonst sei meritorische landwirthschaftliche Arbeit auf diesem Gebiet geleistet worden.

Iber die Tätigkeit der sonstigen, dem Deutschen Ostland angeschlossenen oder selbstständigen Gesellschaften und über die Tätigkeit der einzelnen Abteilungen des Ostbundes gibt der Jahresbericht ein gedrängtes Bild. Hervorgehoben ist noch, daß die Rechtshilfeabteilung im Laufe des Jahres viel aufgeföhrt hat. Besonders umfangreich war die Tätigkeit unserer Beratungsstelle für Bedrängungsgeldern, die hauptföhlich mit Anträgen auf Rückzahlung der Emigrantsteuer und Bewilligungsanträgen beschäftigt war, sowie unsere Aufrechterhaltung, die mit der Unterstützung deutscher Hypothekendarlehen in Polen und deutscher Sparkassengeldern in Polen beschäftigt war.

Besonders erfreulich war der Erfolg der Kinderhilfe im abgelaufenen Jahr, d. h. des Ferienkinderausstausches mit Polen. Es konnte nicht nur eine recht stattliche Anzahl von Kindern aus Deutschland nach Polen zum Ferienaufenthalt bei Verwandten oder in Pflegschaften geschickt, sondern vor allem deutsche Kinder aus den abgetrennten Gebieten, insbesondere auch aus dem polnischen Land und Ostpreußen, während der Ferien in Deutschland untergebracht werden, zum Teil in unserm „Haus Ostland“ in Westhof, was nicht nur ihrer Gesundheit in überaus gehobener Maße zugute kam, sondern vor allem ein seelisches Erlebnis für sie war, das sie nie in ihrem Leben vergessen werden, eine Freude, die schwer zu beschreiben ist und die man mitteilen haben muß, um zu wissen, was ein solcher Ferienaufenthalt von Kindern, die im polnischen Land und in polnischer Umgebung leben müssen, im deutschen Land bedeutet. Rabner wies dann noch kurz auf die Ferienlager und auf sonstige Maßnahmen zur Unterstützung der deutschen Brüder und Schwestern jenseits der Grenze hin und betonte, wie wichtig jede Fürsorge gerade für die unter der in Polen besonders großen Wirtschaftslage leidenden Deutschen im abgetrennten Gebiet ist. Er schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß der Ostbund, um auch die Zeiten jenseit gelassen mögen, stark, kraftvoll und geschloffen auch durch die nächsten Jahre zu bringen sein werde und daß er seine Tätigkeit zum Wohle der Ostmark und zum Heile des Ostbundes auch weiterhin und heftigster noch in verstärkter Maße werden ausüben können.

Herr Geheimrat Schmid frag als Bearbeiter der Finanzangelegenheiten des Deutschen Ostbundes die der Versammlung vorliegende

#### Rechnung für 1931

vor, indem er die einzelnen Posten erläuterte und darauf Mitteilungen an die bisherige und künftige Entwicklung der finanziellen Verhältnisse knüpfte. Gegenüber dem Voranschlag für 1931 war z. B. zu beachten, daß die Bundesbeiträge vom 1. Juli 1931 um 25 Prozent auf 20 Prozent herabgesetzt waren, daß die allgemeine Wirtschaftslage auch an der Bundesbeiträge „Ostland“ nicht spurlos vorübergegangen ist, und daß ebenfalls die Einnahmen aus dem bisher genehmigten Vertrieb von Küstlerpostkarten sowie die Ergebnisse aus den Zinserträgen einen Rückgang erfahren mußten. Diese Mindererträge lind durch Minderausgaben, z. B. bei den Gehältern, zum Teil ausgeglichen worden. Bei den Ausgaben für Kulturarbeit im engeren Sinne wurden die Leistungen für Ausstellungen, Jugendarbeit und anderes besonders erläutert und darauf hingewiesen, daß insgesamt mehr als ein Drittel der eingegangenen Bundesbeiträge dafür verwendet werden konnten. Weiterhin wurde hervorgehoben, daß die Rechnungsprüfer ihren Bericht erstattet hatten, wurde die Rechnungslegung für 1931 genehmigt und der Bundesleitung die Entlastung ausgesprochen.

Darauf erläuterte Herr Geheimrat Schmid den ebenfalls vorgelegten

#### Voranschlag für 1932

aus dem hervorzuheben ist, daß eine weitere in den Verhältnissen begründete Einschränkung der Gehaltsausgaben zu verzeichnen ist. Die wesentliche Verbilligung, die bei dem Kautz Hausvermittlung durch Umzug in die jetzigen Räume des Schulbundes entstanden ist, wurde gern zur Kenntnis genommen. Der Haushaltsvoranschlag wurde dann in der vorgelegten Form in Höhe von 173.600 RM. in Einnahmen und Ausgaben mit der Maßgabe vorabgebilligt, daß der Posten Kulturarbeit noch durch einen größeren Betrag, der nötigenfalls den Rücklagen zu entnehmen ist, verstärkt werden soll, um angesichts des verstärkten Grenzkampfes eine erhöhte Vorkaufstätigkeit für die Verfolgung der Ziele des Ostbundes durchzuführen und die hierfür erforderlichen Sachausgaben decken zu können.

Im Anschluß hieran sprach Herr Günther im Namen der Versammlung Herr Geheimrat Schmid für die im letzten Krisenjahr besonders schwierige und verantwortliche Rollenführung herzlichen Dank aus. Ferner dankte er allen Mitarbeitern in der Bundesleitung, allen Ab-

teilgeleitern und Angehörigen für ihre Hingabe in schwerer Zeit und ebenso für die Organisation ehrenamtlich tätigen Männern und Frauen, nie auch den Vertretern der Frauen- und Jugendgruppen für ihre netzlosen, selbstlose, tatkräftige und erfolgreiche Unterstützung der Bestrebungen des Bundes.

Als Rechnungsprüfer für das künftige Jahr wurde Herr Katten-Berlin wiedergewählt, Herr Landessekretär Becker-Stellin neugewählt.

Es folgte nun eine längere Zusammenfasse

#### Ausföhle

über die bisherigen Beratungsangelegenheiten, also über die aktuellen Anfragen und über die Lage des Deutschen Ostbundes und seine Tätigkeit. Im Anschluß daran wurden einstimmig die nachstehenden Entschloffenungen angenommen:

#### Entschloffenung zur Memelfrage

Wir stellen mit herzlichem Dank und großer Freude den ungewöhnlichen Erfolg des memelländischen Ostbundes bei der letzten Landtagswahl fest. Wir erblicken darin die mutige Entschloffenheit der dortigen Volksgenossen, in größter Drangsal und trotz großer drohender Gefahren erst recht an ihrem Volkstum festzuhalten. Wir stellen die unabweisliche, schmerzliche, aber unabweisliche Tatsache fest, daß das memelländische Volk mit dem memelländischen Ostbund fest und gelobt diesem auch in Zukunft unüberwindliche Kräfte und tatkräftige Unterstützung.

Wir protestieren erneut auf das schärfste gegen die unerbittliche und ungeschloffene Vergemeinschaftung des memelländischen Ostbundes durch Litauen, fordern von der Deutschen Reichsregierung, die bereits an die Amelkonvention nicht gebunden ist, daß sie die berechtigten Interessen des memelländischen Ostbundes auf der Grundlage des Amelkontrats mit allen zulässigen Mitteln schützt, und verlangen, daß den Memelländern das Recht der Selbstbestimmung in Form einer unabhängigen Volksabstimmung alle einheimischen, vertriebenen und abgewanderten Memelländer über die zukünftige Staatsangehörigkeit ihrer Heimat eingeräumt wird.

#### Entschloffenung zur Korridorfrage

Die in Berlin folgende Bundesversammlung erhebt vor aller Welt erneut nachdrücklichsten Einspruch gegen die in letzter Zeit rückföhrtlose denn je durchgeführte Entdeutschung des ehemaligen deutschen Ostbundes, des heutigen Weichselkorridors, durch Polen, insbesondere gegen die mit allen Mitteln betriebene wirtschaftliche Entwertung und Vertreibung seit allen Zeiten dort ansässiger deutscher Familien, gegen die Fortsetzung der einseitigen Anwendung der polnischen Agrargesetze gegen deutsche Grundbesitzer, gegen die jede Berechtigung hobensprechende Fortsetzung des deutschen Schulwesens und die rückföhrtlose Polonisierung sämtlicher kulturellen Einrichtungen. Sie fordert, daß endlich der Schutz der deutschen Minderheit im ganzen abgetrennten Ostgebiet, insbesondere auch im Korridorgebiet, durchgeführt und daß bei der bevorstehenden Revision des Versailler Diktats und der Angleichung der Bevölkerung Europas das Recht im Offizier wieder hergestellt und die Bevölkerung im Osten zurückerhalten werden. Wie kann und wie Freude in Europa sein, ehe nicht die finale Zerteilung des deutschen Reichsgebietes und die Abschneidung Ostpreußens und Danzigs vom Vaterlande befristet ist.

#### Entschloffenung gegen die polnischen Raubgelüste

Die Bundesversammlung stellt mit tiefster Wehrganz die großen Gefahren ein, die Ostpreußen, Oberbeschießen und anderen Teilen des Reiches, sowie dem zu Unrecht vom Reich losgerissenen Westkaat Danzig von polnischer Seite drohen. Der Verstoß, Danzig durch Öbigen wirtschaftlich zum Erliegen zu bringen, die mit allen Mitteln betriebenen direkten Polonisierungsversuche in Danzig, die von großen englischen Finanzen erhältliche Absicht, Danzig durch reguläres polnisches Militär oder organisierte polnische Streifkorps zu überfallen und dauernd dem polnischen Staat einzuverleiben, die offen ausgesprochene Absicht polnischer Führer auf Eingliederung der vom Deutschen Reich durch den Weichselkorridor abgetrennten Provinz Ostpreußen und die nicht minder offen verkündete Absicht der polnischen Propaganda, das polnische Reich bis zur Oder zu erstrecken, bedeuten nicht nur eine dauernde Verunsicherung der ganzen Bevölkerung des deutschen Ostens und damit eine tödliche Bedrohung der ohnehins besonders schwer daniederliegenden ostdeutschen Wirtschaft, sondern auch eine brennende Gefahr für das ganze Deutsche Reich und das gesamte deutsche Volkstum.

Die Bundesversammlung weist ferner auf die ernste Gefahr hin, die die unangeföhrteten polnischen Bestrebungen, die Welt-





Reichsfinanzministerium eine Stillehaltung leitens der Banken und Sparkassen, die Schuldbuchentragungen beliehen haben, zu erreichen, in der Zeit, als der Kurs der Reichsschuldbuchentragungen fortgesetzt sank und ein Verkauf dieser Schuldbuchentragungen leitens der Verleihenhaber einen großen Vertriebsverlust für die Verleihenhaber bedeutete. Außerdem ist es der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigenverbände gelungen, das Reichsfinanzministerium zur Herausgabe von Mitteln zu bewegen, um in solchen Fällen, in denen Banken und Sparkassen die Stillehaltung nicht mehr aufrechterhalten konnten, die fraglichen Darlehensgeschäfte auf das Reich zu übernehmen. Auch dadurch ist in vielen ähnlichen Fällen geradezu eine Rettung der wirtschaftlichen Existenz der Verbräugten und Liquidationsgeschädigten erreicht worden. Die dafür zur Verfügung gestellten Mittel seien jetzt lieber ausgebaut, hoffentlich würden in diese Richtung noch weitere Anträge, welche die Arbeitsgemeinschaft gefordert hat, auch Mittel zur Kräftigung von Schuldbuchentragungen zur Verfügung zu stellen, habe wegen der Geldnot bis jetzt keine Berücksichtigung gefunden. In diesem Zusammenhang wies Nebner dann noch kurz hin auf die Bemühungen der Osthundelung bei den zuständigen Reichs- und Staatsbehörden und dem Vorkommisariat, um in den kritischen Zeiten einen allzu starken Kurssturz der Schuldbuchentragungen zu vermeiden, Bemühungen, die ja bekanntlich einen gewissen Erfolg gehabt haben.

Serner konnte Nebner darauf hinweisen, daß die Arbeitsgemeinschaft sich gleich nach der Wahl des neuen Reichstags eine Eingabe an Herrn Reichstagspräsidenten Ebeke gerichtet hat mit der Bitte, ein neues Reichstagsmitglied, nämlich die Arbeitsgemeinschaft, in die Reichstagskommissionen zu entsenden. Während nachgefragte Kreise ursprünglich auf dem Standpunkte standen, daß bei der vorgeschrittenen Abminderung des Entschädigungsausmaßes ein solcher Ausschluß nicht mehr erforderlich sei, hat die Arbeitsgemeinschaft nachgewiesen, was auf dem Gebiete der Entschädigung noch alles zu erledigen ist und wie sehr zur Schutze der Interessen der Selbständigen auch im neuen Reichstag ein besonderer Ausschluß für die Verbräugten- und Liquidationsgeschädigten notwendig ist. Der Reichstag hat sich in diesem Sinne die Gründung eines solchen Ausschusses beschließen. Die Arbeitsgemeinschaft hat sich mit diesem Ausschusse alsbald in Verbindung gesetzt und erreicht, daß auch der neue Entschädigungsausmaß sich einmündig auf den Standpunkt der frühesten Reichstagsentscheidung gestellt hat, wonach die Regierung mit allen Mitteln versuchen soll, bei der endgültigen Regelung der Reparationsfrage eine Erhöhung der ungenügenden Entschädigungssätze des Krieges durch Zuschläge zu erreichen. Die Arbeitsgemeinschaft hat demgemäß auch einleitend ein solches Ergehen an die Reichsregierung gerichtet, was einen sehr erfreulichen ersten Erfolg hinsichtlich der Wiederaufholung der Entschädigungsfrage bedeutet. Die Arbeitsgemeinschaft habe fernerhin einen eigenen Vertreter nach Vösel zur Konferenz der Finanzvorständigen der Mächte entsandt und die Reichsregierung in mündlichen und schriftlichen Verhandlungen immer wieder ersucht, in dieser Konferenz die Interessen der Verbräugten und Liquidationsgeschädigten zu vertreten, deren ihr Eigentum von den Finanzmächten lahmgelegt worden ist, zu bringen. Bis zu einem gewissen Grade haben — wie das Gutachten der Sachverständigen ergibt — diese Bemühungen Erfolg gehabt. Es geht jetzt darum, bei der bevorstehenden Konferenz in Casablanca diese Angelegenheit weiter zu fördern und zu einem guten Ende zu bringen. Zu diesem Zweck seien Eingaben an die zuständigen Reichsstellen gemacht worden, und es werde auch weiterhin die Angelegenheit mit allen Reichsstellen in Verbindung stehen. Die Arbeitsgemeinschaft habe um eine mündliche Aussprache darüber gebeten und es sei ihr eine solche vom Reichsfinanzminister auch bereits zugesagt worden. Diese Aussprache werde noch vor Kaufmann stattfinden, hoffentlich auch dann, wenn inzwischen ein Regierungswechsel eintreten sollte.

Amnighen habe sich der größte Teil der bisher außerhalb der Arbeitsgemeinschaft stehenden Selbständigenverbände zu einem Kartell zusammengeschlossen, und dies habe sich an die Arbeitsgemeinschaft mit der Bitte um Herstellung einer Einheitsfront der Selbständigenverbände gemandt, um durch gemeinsames Vorgehen bei der endgültigen Regulierung der Reparationen, also gleichwohl in der Angelegenheit, die Schwerlasten der Selbständigen sind, die Erörterung der Entschädigungsfrage mitwirken, leichter zu überwinden. Die Arbeitsgemeinschaft habe im Interesse der gemeinsamen Sache sich grundsätzlich zu einer Verbindung bereit erklärt; es hat auch bereits eine Verbindungungsbildung stattgefunden, die gut verlaufen ist, und es ist ein Ausschuss gebildet worden, in dem auch der Deutsche Pfundrat vertreten ist. Die Möglichkeit eines engeren Zusammenarbeitens ist natürlich in dem Maße, in dem es sich um praktische Angelegenheiten handelt, so weitgehend, wie in der Entschädigungsfrage weitere Erfolge zu erzielen. Weil damit gerechnet werden muß, daß die Reparationskonferenz in Casablanca verflohen wird oder der dort erhaltene Endserfolg längere Zeit auf sich warten läßt, so hat die Arbeitsgemeinschaft sich wegen einer Zwischenlösung mit Vorschlägen an die zuständigen Reichsstellen gemandt, um den in Not geratenen Verbräugten nach Möglichkeit eine neue Hilfe zu verschaffen, nachdem die alten Härtefälle erschoffen sind, und andere Hilfsmöglichkeiten nicht mehr bestehen, zugleich aber auch, um nach Möglichkeit den erneuten

wirtschaftlichen Zusammenbruch Verbräugter zu verhüten und denen, die noch zu keiner Existenz kommen konnten, zu einer solchen zu verhelfen. Die allseitige Zustimmung kam durch lebhaften Beifall zum Ausdruck sowie durch einstimmige Annahme nachstehender

### Entschädigung zur Entschädigungsfrage:

Die Bundesversammlung nimmt Kenntnis von den Bestrebungen des Deutschen Pfundrates, zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigenverbände eine Kaufrisierung der Entschädigungsfrage zu erreichen. Sie stimmt den Schriften, die dazu bei dem neuen Entschädigungsausmaß des Reichstages und bei den Sachverständigenberatungen in Vösel mit bestrebendem Erfolge, ferner bei der Reichsregierung und beim Reichspräsidenten unternommen worden sind, zu und bittet, diese Bestrebungen mit aller Energie fortzusetzen, um endlich eine gerechte und einigermassen ansehnliche Entschädigung zu erlangen und so die große Not, die unter den Vertriebenen herrscht, zu lindern, den wirtschaftlichen Wiederbau meiter jähreiter Existenzen zu verhüten, den Wiederaufbau neuer Existenzen zu ermöglichen und zu erhalten.

Die Bundesversammlung fordert mit größtem Nachdruck, daß die Reichsregierung bei der bevorstehenden Erörterung der Reparationsfrage ihre Verpflichtung zu anstreicher Schadloshaltung der Entschädigungsberechtigten geltend macht und auf dieser Grundlage dann eine wirkliche Schlagsentwöhnung baldig durchführt.

Sie fordert ferner, daß die Reichsregierung Mittel und Wege findet, durch eine Zwischeneinstellung dem ungetreuen Lande der durch die früheren Leiden ihres Eigentums und durch die Verdrängung ihrer Existenz Verursachten zu fernern.

Sie begrüßt den Zusammenstoß aller Selbständigenverbände in einer Einheitsfront und erklärt, daß sie von der Forderung nach gerechter und anstreicher Entschädigung nicht eher ablassen wird, bis dieser Forderung Rechnung getragen ist.

### Die vorgeschlagene Beteiligung am Schiffsbau,

das von der Provinz Schlesien im Hinblick auf den 70. Geburtstag Gerhard Hauptmanns und andere schiffslose Jubiläumstage 1932 durchgeführt werden soll, vor allem durch große Veranlassungen in Schlesien, aber auch durch Schiffsbau-Rundgebungen im Reich, wurde allseitig zugestimmt. Landesverbände und Ortsgruppen werden sich an diesen Schiffsbau-Rundgebungen überall beteiligen, da Schiffsbau ja leider ebenfalls in den besonders gefährdeten Ostprovinzen gebört.

Damit war die reichhaltige Gogeneration der Bundesstagung erledigt. Bundespräsident G. Sinchel schloß die Verhandlungen mit herzlichem Dank für den warmen Beistand, der freilich aller Anteilnahme der Bundesversammlung, die sich für die reichhaltige Entschloffenheit, in dem Kampf um unsere alte Offizier nicht zu ermitteln, sondern die Abwehr des Slawenansturmes meiter mit aller Kraft zu betreiben, bemüht zu bleiben, das ganze Drücktum dafür mobil zu machen, zugleich aber dafür einzutreten, daß im Interesse des europäischen Friedens das Unrecht im Osten milderungsgemacht und die uns zu Unrecht entzogenen Objekte zurückgegeben werden. In der Hoffnung, daß die Beschäfte der Bundesstagung dazu beitragen, die Verhandlungen neue Entschloffenheit auch in die Reihen der Mitglieder im Lande bringen werden, schloß Nebner die Tagung mit herzlichem Wünschen für das Wohl der Ostmark und das Vaterland.

Herr Bundesversammlungsvorsitzender F. H. K., Hamburg, dankte der Bundesleitung für ihre Arbeit in letzter Zeit und Herrn G. Sinchel auch für die Verhandlungslastung. Mit einem herzlichem Abschied verließen die Teilnehmer die Tagung, vollfreudig von ihrem Verlauf und den reichen Anregungen, die sie geboten hat.

Von gesellschaftlichen Veranstaltungen und Rundgebungen war dieses Mal mit Absicht abgesehen worden, um alle Zeit und Kraft auf die wichtigen geschäftlichen Verhandlungen und die Erörterung der politischen Fragen zuwenden zu können.

Eine zweite Bundesstagung in Gestalt einer Bundesversammlung im Reich wurde zunächst auch für dieses Jahr mit Rücksicht auf die schwierigen Zeitverhältnisse nicht in liberer Aussicht genommen. Maßtatsächlich von einer solchen abgesehen werden, so sollen dafür noch Möglichkeiten größerer Rundgebungen in verschiedenen Teilen des Reiches im Laufe des Jahres angedacht werden.

Solche wichtige Ereignisse im Osten oder in den bevorstehenden internationalen Konferenzen sind notwendig erscheinen lassen, daß der Deutsche Pfundrat in der Öffentlichkeit seine Stimme mit besonderem Nachdruck erhebt, so wird die Bundesleitung dafür sorgen, daß die Möglichkeit dazu geschaffen wird durch geeignete Zusammenkünfte, wie sie die Selbständigen des Deutschen Pfundrates ja bereits in großer Zahl zu vereinbaren hat, hoffend, daß sie in der Presse des ganzen Reiches und darüber hinaus auch in der Presse des Auslandes, wie bisher stets, ein starkes Echo finden werden.

## Die Presse über unsere Bundestagung.

Sowohl die meisten Berliner Zeitungen wie fast die gesamte Provinzialpresse des Reichs haben sich über meine Tätigkeit über unsere Bundestagung berichtet und zum Teil im vollen Wortlaut oder im Auszug auch die wichtigsten der auf unserer Bundestagung gefassten Entschlüsse mitgeteilt.

Die „Berliner Börsenzeitung“ z. B. hat sowohl in Nr. 247 wie in Nr. 249 über unsere Tagung berichtet. In der erstereinsten Nummer hat sie die Entschlüsse zur Koriendorferage und zur Aemelfrage abgedruckt, in Nr. 249 in einem längeren Artikel unter der Überschrift „Der deutsche Osten in Gefahr — ein Warnruf des Deutschen Ostbundes“ eingehend über die Tagung und über die auf ihr gefassten weiteren Beschlüsse, sowie auch kurz über die Bedeutung des Deutschen Ostbundes, seine Tätigkeit und die Arbeit des „am. anglo-österreich. Siedlungsvereins“, „Pustischer, Othman- und Wohnungsbaugesellschaft“ Deutscher Ostbund berichtet. In ähnlicher Weise haben auch die übrigen Berliner Zeitungen ohne Unterschied der Parteistellung die Bundestagung behandelt.

Die „Provinzialpresse“ und zwar nicht die des Ostens, sondern auch im Westen erscheinende Blätter bringen z. B. „Postkalender-Berichte“ über die Tagung, so z. B. der „Landesberger Generalanzeiger“ (Nr. 125), dessen Bericht drei volle Spalten umfaßt, der gefassten Entschlüsse sämtlich im Wortlaut bringt und sie als wichtig bezeichnet und der mit den Worten schließt:

„Mögen die Bestrebungen des Deutschen Ostbundes im Interesse unseres gesamten Vaterlandes von Erfolg begleitet sein.“

Die „Frankfurter Oberrzeitung“ (Nr. 125) stellt in ihrem Bericht fest, daß der Ostbund „auch im vergangenen Jahre trotz der schwierigen Verhältnisse mit unermindertem Eifer für die Aufklärung aller Volkschichten über die Bedeutung der Ostfrage tätig gewesen ist und vielfach Erfolg erzielt hat“. Die Zeitung schließt ihren

Bericht wie folgt: „Den Bundesvorstand wurde Entlassung erteilt. Die Jahresrechnung ergab, daß trotz aller Feindschaft die großen Aufgebots des Bundes zeitiggehendem Maße hatten durchgeführt werden können. Die Bundestagung konnte stattfinden, das begründete Hoffung besteht, auch weiterhin mit unerminderter Kraft daran mitwirken zu können, das am Osten durch seine 14malige Zurückdrängung auf Grund des Diktats von Versailles begangene Unrecht wieder gutzumachen, den Verlust weiteren deutschen Volksbodens im Osten zu verhüten und durch Mithilfe an der wirtschaftlichen und kulturellen Förderung des Ostens die sonst verlorenen wirtschaftlichen, politischen, geographischen Gebiete und die damit verknüpfte Gefahr der Polonisierung abzumehren.“

Die „Elbinger Zeitung“ (Nr. 125) berichtet ebenfalls eingehend über die Stellungnahme der Bundesversammlung zur Koriendorferage und über die Proteste gegen das antideutsche Vorgehen des Potentats. Dabei hebt sie die erfolgreiche Mitarbeit der „Jungfrauen“ aus der „Brauenbrüdergruppen“ des „Verdianer Arbeitervereins“ hervor. Alle größeren schlesischen Zeitungen, vor allem die „Schlesische Zeitung“ (Breslau), das „Eleganter Tageblatt“, die „Märkisch-Polener Zeitung“ (Mehris), der „Gesellig“ (Schneidemühl), die „Weichsel-Zeitung“ (Marienwerder), die „Königsberger Allgemeine Zeitung“, die „Königsberger Hartungische Zeitung“, die „Dommerische Reichspost“ (Stettin), das „Förster Tageblatt“ und viele andere, die nicht alle auflistungsfähig sind, berichten über die Tagung und über die Tätigkeit des Deutschen Ostbundes und vor allem über die gefassten Entschlüsse, die überall große Beachtung gefunden haben. Wie sehr das auch in der westfälischen „Presse der Welt“ gewesen ist, dafür spricht die Tatsache, daß viele von ihnen, z. B. die „Köpenicker Zeitung „Aufwärts“ in Bielefeld, den Wortlaut der Entschlüsse an besonders auffälliger Stelle in Zeitdruck gebracht haben, ein neuer Beweis dafür, wie stark das Interesse für die Ostfrage und das Bedürfnis für ihre Bedeutung überall ist.

## Herriot und die Polen.

Die polnische Presse hat das Ergebnis der französischen Kammerwahlen zwar nicht mit Freude begrüßt, im allgemeinen aber doch ohne allzu große Erregung betrachtet. Freilich kann sie eine gewisse Nervosität nicht verkennen; denn sie kann nicht verkennen, daß in den Reihen der Radikalsocialisten, die jetzt als die weitaus stärkste Partei in die Kammer einzutreten werden, wiederholt eine recht unfreundliche Kritik am französisch-polnischen Bündnis geübt worden ist.

Das nationaldemokratische „A. B. C.“ hat wohl das offen am deutlichsten geäußert, was die anderen nur im stillen gedacht haben mögen: daß nämlich über die Regierung Herriot, die letzte Linie des geschlossenen „Vereinsbundes“ gegen den deutschen Revisionismus geführt ist, welcher „seit einer Reihe von Jahren unter der Deckung einer perfiden psychologischen (?) Konsequenz und unermüdet gegen die Stellung des tatsächlichen Friedens, der Ordnung und des Rechts antritt“. Trotz dieser Angst, die sie nicht ganz los werden kann, bemerkt die polnische „Presse“ doch mit großer allgemeiner eine gewissenhaften Haltung; sie vertritt bis auf wenige Ausnahmen die Ansicht, daß sich mit der Regierungsübernahme durch die Radikalsocialisten am außenpolitischen Kurse Frankreichs wenig ändern werde. Darin hat sie zweifellos Recht. Denn wenn es auch zurzeit noch nicht feststeht, ob Herriot, der neue Mann, mit oder ohne die Socialisten, mit denen er gemeinsam den Wahlkampf gegen Carduiere durchgeführt hat, regieren wird, so steht es doch immerhin fest, daß er für „Deutschland“ der „Abwärtsweg“ und „Ostpolitik“, alle in allem für „Deutschland“ ein „Vollständiger“ Mann sein wird. So sehr man auch die polnische „Presse“ über die Richtung über Herriot, diesen typischen „Durchschnittsfranzosen“, im wesentlichen zu „Vorteilhaftes“ zu sagen, wobei sie die vielfachen polenfreundlichen Äußerungen dieses Mannes geschildert unterstreicht, Herriot hat sich einmal als „patriotischen Passiften“ bezeichnet; und es ist sehr lehrreich zu wissen, daß sie von französischen „Politikern“, denen er dieselbe Bezeichnung beigelegt hat, jener „Paul-Boncour“ gebört, der einmal in einem „Reiseführer“ geschrieben hat: „Inmitten der das Wort von den „französischen Oligarchen“ geprägt hat, die an den „Wahlteil“ liegen“. Herriots Einstellung zu dem deutschen Völkergang charakterisiert auch die Antwort, die er einmal einem deutschen Journalisten auf die Frage nach seiner Meinung über die Revisionistenbedürftigkeit des „Versailler Diktats“ gegeben hat: „Es gibt Worte“, hat er gesagt, „da bin ich schwächer als Beethoven“.

Edouard Herriot, das ist auch der Mann, der die französische Sicherheit durch die deutschen „Reiseführer“ gefährdet hat, die immer nur das nicht langer Zeit einmal gesagt hat: als Vortrupp einer deutschen Invasionarmee gegen Frankreich aufzutreten könnten; das ist auch der Mann, der den Österreichern klarmachen will, daß sie eigentlich mehr zu Frankreich als zu Deutschland gehören, der einmal den Wunsch geäußert hat, aus Österreich eine zweite Schweiz zu machen, und der wohl in seiner Vorliebe für „meine Völkern“ auch ganz gern auf das Schlagwort von der „polnischen Schwärze“, das von der polnischen „Propaganda“ in Bezug auf Österreich gesetzt worden ist, eingehen wird. Von diesem „patriotischen Passiften“ hat Polen wenig zu fürchten, wenn er auch in seinem Con, den er Deutschland gegenüber aufstellt, etwas freundlicher und unklarer ist, als es die patriotisch behageltesten Chauvinisten aus dem französischen Reichstagslager sind. Dieser wohlbeliebte Bürgermeister von Lyon und schöngeistige Ver-

feiler zweier Studien über Goethe und Beethoven ist sich, sobald er den Boden des Elges und des Quai d'Orsay auf sich stellt, mit „Poincaré, Marin und Carduiere“ durchaus einig darin, daß das erste und einzige Ziel jeder französischen Politik die Stabilisierung des Versailler Systems zu sein hat. Daran ändert auch die Äußerung nichts, die er während des Wahlkampfes einmal über die Bedeutung des Artikels 19 der Wählerbundfassung für die Organisation des Friedens gemacht und in der er sich so geäußert hat: „Ich weiß,“ hat er gesagt, „daß die Verträge nicht einzig sind ... Doch der Artikel 19 des Wählerbündnisses kann augenblicklich nicht angewendet werden ohne Einmütigkeit des Wählerbündnisses. Das aber macht jede Revision praktisch unmöglich. Daher muß zunächst dieser Artikel des Diktats revidiert werden.“ Das „may“ aber, das Herriot nicht bemerkt, aber vorlichtigermaßen nicht jagt, Einmütigkeit erforderlich ist?

Herriot kann seinen polnischen Freunden wohl die ehrlich gemeinte Versicherung abgeben, daß er die Politik jenes Vorgängers fortführen wird. Allerdings sind die Polen schon mit Carduiere nicht immer einverstanden gewesen: So konnten sie sich bei den „Vorausüberlegungen“ über eine vierjährige schrittweise Zurückführung ihrer wirtschaftlichen Interessen im Südoften befragen. So glaubten sie auch an dem bisherigen gegenüber den Verhandlungen über die Erneuerung des polnischen Bündnisvertrages mit Frankreich darauf schließen zu können, daß man in Paris schon seit längerer Zeit den Wunsch hat, sich aus der allzu strengen Bindung an die sprunghaft und unentbehrbare Politik Warshaus zu lösen. Vor allem aber hat man in Polen feststellen müssen, daß man in Frankreich starke Bedenken gegen eine utopische Fortsetzung der finanziellen Unruhen in Ostpolen hat. So glaubten sie auch an dem bisherigen gegenüber den zwischeneuropäischen Mittel- und Kleinstaaten besorgt hat. Der französische Kenner, der ja letzten Endes kein Geld ganz beregnet noch, ist mißtraulich geworden; er hat den Verlust der Jarenhalben noch nicht vermisst und fürchtet nun offensichtlich mit Recht, daß auch von den Milliarden, die in den letzten zwölf Jahren nach Ost- und Südoftenropa geflossen sind, nur wenig wieder nach Frankreich zurückkehren wird. Die französische Kammer hat zwar vor einiger Zeit den „Lithuanen“ noch vier, sechs Millionen „Darlehen“ bewilligt. Von diesem Betrage sind auch, wie sich nachträglich herausgestellt hat, 240 Millionen Franken (nach „Prager Dements“) dazu bestimmt, die „Beteiligungen Schneider-Creuzot aus den Skoda-Werken an den österreichischen Staat zu übertragen, so daß also etwa 20 v. H. des „Anleihebetrages“ schon binnen kurzer Zeit wieder nach Frankreich zurückfließen werden. Wie hier, so ist auch in allen anderen Oststaaten das französische und ebenso das andere ausländische „Prinzipalkapital, um nicht in den Strahl des allgemeinen „Zusammenbruchs“ hineingezogen zu werden, bemüht, sich aus fremden Anlagen zu ziehen, wodurch es dann allerdings den wirtschaftlichen Zusammenbruch dieser Länder nur noch verschärft. Wenn man bedenkt, daß ein sehr erheblicher Teil des in Polen tätigen Aktienspekulanten Auslandskapital ist, kann man ermessen, was aus der polnischen Industrie werden muß, wenn die



Flucht des Auslandskapitals, die auch Polen schon in hohem Maße erfährt hat, nicht noch rechtzeitig abgestoppt werden kann, jama! die Unlust des Auslandes, neue Gelder nach Polen zu geben, dank der unerschöpflichen Wirtschaftspolitik des Landes, einer Ernte erreicht hat, die fast einer internationalen Anleiheprämie gleichkommt. Abgesehen von einem Schweizer Konfession, das erst kürzlich eine neue Öbigenanleihe aufgelegt hat, scheinen sich die meisten Finanzkreise an die Übernahmen des bisherigen amerikanischen Vorkaufers in Warschau, Willy, zu halten, der in richtiger Beurteilung der polnischen Wirtschaftspolitik dringend davon gewarnt hat, den Polen irgendwelchen Kredit zu gewähren. Diese Warnung hat man anscheinend auch in Paris nicht überhört. Jedemfalls erleichtert Warschau jetzt Wachen vorwärts, die weitere Kränche der im vorigen Jahre bemittelten Militäraktionen für den Bau der Kohlenbahn Oberlohlen-Gödingen, die am 1. Mai fällig war, zu erhalten, und sind auch die dringlichen Vermittlungen der polnischen Regierung um eine neue Staatsanleihe, von denen Pariser Blätter letzten berichtet haben, vorerst erfolglos geblieben. Im Verlaufe der Diskussion, die sich in der französischen Presse in seinem Zusammenhang über das Sü- und Wäber einer weiteren finanziellen Unterstützung des polnischen Bundesgenossen entwickelt hat, hat das Hauptorgan der französischen Sozialisten, „Le Populaire“ die in seinen französischen Kreisen herrschende Auffassung wohl ganz richtig mit der Feststellung charakterisiert, daß man das Geld, das man Polen leiht, von vornherein als verloren ansehen müsse, da das Pilsudzkiregime es nicht zurückzahlen könne und die polnische Demokratie, wenn sie einmal wieder aus Ruher kommen sollte, es nicht zurückzahlen wolle. Sir Herriot rief die Anleihefrage der erste Prüfung einer Verleumdung.

Sie hat den Fall, daß dem neuen Ministerpräsidenten etwa noch Bedenken wegen einer Fortsetzung der Caribouischen Offensivität aufzuheben sollten, hat der schlagartig einsetzende französische Pressefeldzug gegen Danzig dafür geforgt, daß durch die französische Öffentlichkeit auch in ein entsprechender Druck ausgeübt wird. Unlänger löst sich an den Artikeln, die im „Temps“, „Matin“, „Journal des Débats“, „Ligaro“, „Echo de Paris“ und anderen Pariser Blättern erschienen, die Arbeit der Warschauer

Drabthier erkennen, die ganz offensichtlich mit ihren Pariser Alarmmeldungen den Eindruck der feinerseitigen englischen Presseleistungen über polnische Angriffslustigkeiten auf Danzig abschwächen wollen. Der „Temps“ spricht z. B. davon, daß Europa vor einem neuen „Stammstreich“ laube, dies es durch die Verkündung der Rückkehr Danzigs zum Reich vor eine vollendete Tatsache gestellt werden solle; und im „Journal des Débats“ ist von einem wohl überlegten Plan deutlicher Regierungskreise, von Danzig aus über den Korridor heranzuziehen, die Rede, wobei natürlich wieder die „Sittlergarden“ und ihre Hilstruppen“ als Beweis für die deutsche „Kriegslust“ herbeizitiert müssen. Das „Journal“ glaubt sogar schon, einen genauen „Aufmarschplan der 1000 Mann starken Danziger Sittlerarmee“, die unter der Führung des Generals Nymann laube, mitteilen zu können, und es hat selbst in Erfahrung gebracht, daß die Sittlertruppen im Falle einer Offensiv gegen den Korridor bei der Danziger Polizei und der Danziger Grenzgardearmee, die 40 000 Gewehre, 100 Maschinengewehre, 6 Feldgeschütze und 4 Haubitzen besitze, sowie bei den anderen Wehrverbänden, wie dem Jungdo, dem Wehrvolk usw., aktive Unterstützung finden würden (1). Und Herriot hat den Wink, den ihm eine dem tollenden Stolz gefügige Presse gegeben hat, vollkommen entfallen und in der Yguere Zeitung „Le Démocrate“ seine Meinung über die deutsch-polnische Frage zum besten gegeben; es ist seine Meinung, die sich in nichts von dem untersteht, was ihm die Pariser Presse vorgelegt hat. „Es ist“, sagt Herriot, „wie ein Teil unserer Presse bereits festgelegt hat, nicht unmöglich, daß die Sittlerleute nach Auslösung ihrer Stütztruppen im Reich die Mittelpunkt ihrer Organisation und ihrer Tätigkeit nach Danzig verlegt haben. Man heilt in Deutschland die öffentliche Meinung gegen Polen auf, als wollte man eines Tages einen Handstreich gegen den berechtigten Korridor unternehmen.“ — Es ist nichts zu ändern, das es nicht von einem Streifen der — Es ist Freiheit seines Landes hängt, glaubt werden könnte. Und es ist, was Deutschland anlangt, nichts zu verlegen, daß es nicht von einem französischen Ministerpräsidenten als wahr unterstellt werden könnte. Herriot hat durch seine Beteiligung an der Danzig-Heere nur bestätigt, was man in Deutschland schon lange glaubt hat, daß nämlich eine Grenzrebellion im Osten zu Deutschlands Gunsten nicht mit, sondern nur gegen Frankreich durchgeführt werden kann. Dr. R.

## Der Hafen von Gdingen.

### Unruhen in Gdingen.

Verschiedene Blätter berichten aus Karthaus, Neuhadt und Gdingen, daß es dort in letzter Woche zu schweren Unruhen gekommen sei, bei denen pommerellische Arbeiter, die bei der Verteilung von Arbeitslosenunterstützungsgebern zugunsten kongrethpolnischer Arbeiter gelitten hätten, in Schützengruppen organisiert. Arbeiter benachteiligt wurden, gegen diese mit großer Erbitterung vorgegangen sein sollen. Es sollen bei diesen Zusammenstößen in Neuhadt acht und in Gdingen 13 Todesopfer zu verzeichnen sein. Die Marine in Gdingen und das in Neuhadt stationierte Militär sollen sich gemeigert haben, gegen die pommerellischen Arbeiter vorzugehen. Von polnischer Seite wurden diese Nachrichten bemerkt. Nur der Krakauer „Mittromanz Kurier Kobjennij“ meldete, daß in Neuhadt bei einer von „Lager des großen Polens“ veranstalteten Versammlung Schlägereien ausbrachen, die zur Auflösung der Versammlung Konstitutionen resultierten, bei denen die Sorderung „Pommerellen den Pommerellern“ und „Sert mit den Fremden aus den anderen Geilgebieten“ erhoben wurden.

Wie die „Berliner Morgenpost“ berichtet, sind die erwähnten Unruhen in Gdingen infolge der Weigerung der Gdingener Hafenarbeiter, feuergefährliche und gesundheitsgefährliche Phosgen- und Gasmunition zu verladen, die seit einiger Zeit von dem polnischen Stützpunkt Chorow für die 3. Fern-Flieger Division geliefert wird. (1) Der Transport geschiedet auf bahnlosen, künftigen und auch jetzigen Dampfern. Infolge der mangelhaften Verladungsbedingungen, der ungenügenden Verpackung und vor allem der Unzulänglichkeit des Materials traten wiederholt schwere Vergiftungserscheinungen bei den Hafenarbeitern auf. Sie forderten infolgedessen die Verabreichung von Gasmasken und Gummianzügen zum Schutz gegen die giftige Munition. Ebenso verlangten sie höhere Löhne und Abbau der überaus schweren Lasten durch die Transportpolizei. Als die Forderungen auf bahnlosen abgewiesen, legten die Arbeiter die Arbeit nieder und jagten in geschlossenem Zug vor des Haues des Hafenkommandanten. Es wurden dabei aufwührende Rufe gelassen. Da der Hafenkommandant sich nicht sprechen ließ, forderten Militär beordert, warfen ihm die Arbeiter die Scheiben ein und wollten die Kommandantur stürmen. Die polnischen Matrosen weigerten sich, auf die Arbeiter zu schießen, und bildeten die Soldaten des 2. Nationalisten 11. Infanterieregiments. Erst durch das Einleiten von Seebetäten und Gendarmen, die mit der blanken Waffe vorgehen, wurden die Demonstrationen zerstreut. Dabei wurden zwei Arbeiter getötet

und über 30 schwer verwundet. Der Hafenkommandant stellte dann die gesamten Hafenarbeiter unter Kriegsrecht, erließ ein Streikverbot und löste die Gewerkschaft der Hafenarbeiter auf. Trotzdem überlebte der größte Teil der Hafenarbeiter im Streik. Man ließ daraufhin die Verladung der Munition durch Angehörige der Regionäre und der Schützengruppen vornehmen. Es kam auch bei diesen Unruhen zu mehreren Selbstmorden, wobei das Schwimmbad zerstört und ein großer Kran zum Umsturz gebracht wurde. Nach einer Meldung des „Mittromanz Kurier Kobjennij“ ist es auch später in Gdingen noch zu blutigen Unruhen gekommen, bei denen ungefähr 100 Verhaftungen vorgenommen wurden.

### Ein französisches Urteil über Gdingen.

Der Pariser „Matin“ veröffentlichte einen Artikel über Gdingen, der einige interessante Feststellungen aus französischem Munde enthält. Es heißt darin u. a., daß dieser neue polnische Hafen einen Platz auf der Karte einnehme, der im Radkizgeurspore als der unansehnlich bezeichnet werden müßte. Es sei jetzt möglich, daß dieser Hafen noch rascher verschwinde, als er aufgebaut wurde. Der Friedensvertrag von Versailles habe Danzig zum Hafen Polens bestimmt. Es laube außer Zweifel, daß Danzig für die höchst gespannten Bedürfnisse des polnischen Handels von größter Wichtigkeit sei. Infolge dessen, da diese Stadt fast Jahrhunderten das natürliche Ausfalltor für ein ungeheures Hinterland, zu dem Preußen, Polen und Westfalen gehörten, gemein sei. Dieses wirtschaftliche Hinterland habe sich sogar bis zum Schwarzen Meer und bis zur Adria erstreckt. Wenn Polen in der Entfernung von 15 Kilometern einen zweiten Hafen erbaue habe, so seien keineswegs wirtschaftliche Gründe dafür maßgebend gewesen. Vielmehr habe die Politik die wirtschaftlichen Ermächtigungen in den Hintergrund gedrängt. Infolge der Parole „more nostrum“ habe die polnische Propaganda Millionen für diesen Zweck aufgebracht.

### Eine englische Zeitschrift in Gdingen.

In Gdingen ist der Verlag einer Zeitschrift unter dem Titel „The Baltic Shipping News and Gdnia Times“ begründet worden. Die Zeitschrift soll von dem englischen Journalisten Herbert Jackson, einem besonderen Polenfreund, geleitet werden, der sowohl als Verfasser wie als Schriftsteller rechnet. Die Zeitschrift soll zunächst wöchentlich herauskommen.

**Deutschlands Zukunft liegt im Osten!**  
Tretet ein in den Deutschen Ostbund!

# Die neue Heimat der Verdrängten.

Man kann jubelmäßig nachweisen, daß die aus den durch den Friedensvertrag von Versailles an fremde Staaten gekommenen ehemals deutschen Lande auswanderten und nach Deutschland zurückgekommen Personen zum allergrößten Teil in der engeren Röhre der neuen deutschen Grenzen zu finden. Nur wenige Personen gehen tiefer in das deutsche Staatsgebiet hinein, mit anderen aus den Zuwanderungsstellen aus den Jahren 1921 bis 1931 darüber eine genauere Statistik aufstellen wollen, so erhalten wir folgende wichtige Resultate: Von den aus Polen nach Deutschland zugewanderten deutschen Opontanen sind insgesamt in einer Entfernung von nicht mehr als 75 Kilometer von der deutsch-polnischen Grenze jetzt angesiedelt 37,8 v. H. Durch die Röhre der Hauptstadt Berlin wurde dann allerdings eine derart starke Anziehungskraft auf die Zuwanderer ausgeübt, daß das westliche Rheinland der aus Polen zugewanderten Bevölkerungsteile gleich in Berlin und die weitere Umgebung mit zusammen 31 v. H. entfällt für die zum Vergleich gefestigten zehn Jahre. Nur 14,1 v. H. aber gingen überhaupt aus preussischen Gebietsstellen, zumeist in östlichen Teilen des Reiches heraus und nach Bayern, Sachsen, weniger nach Württemberg, Mecklenburg und Oldenburg. Fast gar keine Zuwanderung aus den polnisch geordneten Abtretungsgebieten erblühten Baden, Hessen und Thüringen.

Diese Aufzählung, die sehr genau nach den statistischen Mitteilungen und ferner nach den Befriedungsunterlagen ausgeführt wurde, läßt schon erkennen, daß die Zusammendrängung ähnlich gearteter und meist auch beruflich verwandter Bevölkerungsteile in den neuen Grenzgebieten recht hart sein muß. Um bei einem klareren, noch weniger umfangreichen und sonstigen Wirtschaftsgewanderten, daß von den rund 110000 Personen aus Neu-Dänemark aus, die dem früher deutschen Nordholländisch zunächst einmal fast 90 v. H. in der Provinz Schleswig-Holstein vertrieben wurden, der Rest jenseit in der Hauptache nach Mecklenburg und Oldenburg, ein kleiner Teil nach Hamburg. Dann aber stellt es sich heraus, daß die landwirtschaftliche Tätigkeit, auf die eben diese 90 v. H. der Zuwanderer aus Neu-Dänemark angewiesen war, in dem nördlichen Teil des Reiches zu keinen Erfolgen kommen konnte, weil bereits eine Überfüllung an bäuerlichen Anlagen und arbeitsfähigen Wirtschaftsgewanderten dort bestand. So trat um die Jahre 1927 bis 1928 nochmals eine zweite Welle der Abwanderung dieser Personen ein: es gingen etwa 65 v. H. dieser Leute nach Westfalen, Hannover und dem Rheinland, ein kleinerer Rest jenseit nach Mecklenburg und die pommerischen Gebiete vor, wo sie allerdings gleich wieder unter ähnliche Vorbedingungen für die Aufnahme ihrer regulären Tätigkeiten kamen, wie sie sie sieben moogsäufig aufgeben mußten.

Wenn man im allgemeinen in den Jahren nach dem Ende des Weltkrieges hinsichtlich der inländischen deutschen Bevölkerung den Eindruck hatte, daß sie den im Juni nach der Niederschlagung der Kowalewski, so kann man das gleichwohl nicht ohne weiteres so über den aus dem abgetretenen Gebieten zugewanderten Bevölkerung sagen. Die meisten wörten bei dieser Übertritt auf deutsches Gebiet die volle Hoffnung, daß doch ihrem Zustand, vor dem sie auswandern mußten, nur ein zeitweiliger und vorübergehender sein würde, lieber unterschätzen sie dabei die Macht der Verhältnisse, unter denen zu leben, also deutschen Bevölkerungsteile heute gemacht hat. Die Reichshauptstadt hat alles in allem noch keine 72000 Personen aus neuen Bürgern in den Jahren 1921 bis 1931 aus den abgetretenen Grenzgebieten erhalten, und es ist oft festzustellen, daß bereits wieder seit etwa drei Jahren eine Rückflutung dieser Bevölkerungsteile aus Berlin nach den ländlichen Gebieten des Ostens und Südens einsetzt. Wenn aus Berlin seit Monaten eine Verringerung der Bevölkerungszahlen gemeldet wird, also auch eine starke Fortzugsbewegung, so ist dabei die Zahl der von 1921 an zugewanderten Grenzdeutschen eine erhebliche Menge. Man darf sich also überzeugen, daß die Umfällung dieser Bevölkerungsteile auf südliche Berufs- und Lebensort doch nur recht kümmerlich gelungen ist.

Die meisten der jetzt in den neuen Grenzgebieten liegenden Kreise haben nicht so sehr eine erhebliche Verdrängung der Bevölkerungsfundes pro Quadratkilometer zu verzeichnen, sie haben vielmehr eine erhebliche Zusammendrängung der Berufsbevölkerung zu beklagen, die es den meisten Angehörigen der verschiedenen Erwerbsgruppen sehr schwer macht, sich einzigermaßen selbständig zu ernähren, oder daß der Staat entweder durch den Ausfall an Steuern oder den Jang der Zufußbehalt getroffen wird. Wenn in der östlichen Grenzmark beispielsweise heute auf 33 Personen ein Arzt entfällt und auf 74 Personen bereits ein Rechtsanwalt, so will das heißen, daß diese Berufe keineswegs zu den prosperierenden aber auch nur einigermaßen entwicklungsreichen gerechnet werden können, weil ja die Zuwanderung rein wirtschaftlicher, bäuerlicher und handwerklicher Bevölkerungsteile viel weniger stark erfolgt als gerade die Zuwanderung der zu den Geistesarbeitsgruppen zu rechnenden Kreise. Viele verlieren in den meisten abgetretenen Gebieten oftmals das Recht, ihre Berufe weiter auszuüben, falls sie nicht bestimmte Voraussetzungen in ihren eigenen Betrieben erfüllen wollen, wo meistens Einstellung einer bedeutenden Zahl nicht deutschsprachiger Angestellter gefordert, ferner die Anwendung einer fremden Sprache als Geschäftsverkehrssprache im Betrieb. Dazu kommen dann noch geistige und seelische Hemmungen und Umstellungsversuchen, die es mit der Zeit meistens notwendig machen,

daß gerade die Angehörigen dieser Berufe nach Deutschland zurückwandern. Auf diese Art läßt sich die starke Vererbung der geistigen und freien Berufsangehörigen in den neuen Grenzgebieten des Deutschen Reiches erklären. Dafür geben nur allein Dingen folgende Zahlen ein gutes Beispiel, die wir für einige, hier besonders interessierende Kreise der Grenzgebiete zusammengefaßt haben:

Gebiet	Anteil der Agrarbevölkerung	Anteil der kaufm. Bevölkerung	Anteil der freien Berufe
Reg.-Bez. Schneidemühl . . . . .	52,7% (56%)	18,7% (20%)	15,5% (9,8%)
der Rest verteilt sich auf industrielle Berufe			
Reg.-Bez. Marienwerder . . . . .	47,9% (47%)	22,3% (21,9%)	11,4% (5,9%)
der Rest verteilt sich auf industrielle Berufe			
Reg.-Bez. Allenstein	56% (54,3%)	19,8% (17,1%)	10% (8,2%)
der Rest verteilt sich auf industrielle Berufe			
Reg.-Bez. Schleswig	54,3% (66%)	11,2% (10,9%)	14,3% (12%)
der Rest verteilt sich auf industrielle Berufe			

Diese Übersicht über die vier wichtigsten nördlichen und östlichen Grenzgebiete zeigt ganz klar, daß die Zusammendrängung der Bevölkerung auf die beruflichen Abteilungen einen nicht eben günstigen Einfluß ausübt. Wir haben oben in Klammern jeweils die Verteilung der Berufsbevölkerung vor dem Ausbruch des Weltkrieges mitangegeben und konnten feststellen, daß es besonders für die Angehörigen der freien Berufe heute erschwert ist, normale Existenzbedingungen in den Randgebieten zu erlangen. Deswegen hat sich auch in den letzten Jahren die Käufliche herausgestellt, daß von denjenigen Personen, die namentlich die Grenzgebiete nach Aufgabe einer Rückkehrmöglichkeit in die nicht mehr deutschen Heimatgebiete verlassen, eine sehr hohe Anteilzahl den sogenannten freien Berufen angehört. Die Fortzugsfähigkeit aus den Grenzgebieten ist für Ärzte in den vergangenen 18 Monaten am höchsten gewesen, für Schriftsteller und Zeitungsberufe ist die Fortzugsfähigkeit fast genau so hoch, dann folgen Rechtsanwältinnen und Architekten. Dabei ist die östlichen Randgebiete der Grenzmark zu beachten, daß von diesen freien Berufen als neuer Wohnort fast ausschließlich Süddeutschland und Mitteldeutschland gewählt wird, was wohl der gefühlsmäßigsten Überlegung entspringt, daß man dort in Zukunft ähnlichen Ereignissen nicht so stark ausgesetzt werden wird, während man der Tage im Westen nicht sehr stark zu vertrauen scheint.

Überhaupt ist für die Angehörigen der freien wie der kaufmännischen Berufe der Anziehungstrang bei Fortzug aus den abgetretenen Gebieten des Westens (Eisab-Verträgen, Eupen-Malméy und Saargebiet während der Okkupation) weitgehender einwirkend als bei den Berufsgruppen in Osten. Von den aus dem Eisab seit dem Jahre 1919 nach Deutschland gekommenen Personen sind nur 18 v. H. im Rheingebiet ansässig, und das sind fast durchweg Angehörige der industriellen Gruppen. Von den freien Berufen der Ärzte, Journalisten, Rechtsanwältinnen, Architekten usw. sind die überwiegende Mehrheit, man kann ungefähr 80 und 82 v. H. statistisch bezeichnen, nach dem Inneren Deutschlands gezogen. Weniger auffällig ist diese Erfcheinung für die aus Eupen-Malméy und dem okkupierten Saargebiet zugewandene deutsche Bevölkerung, feststellen, die sich im Verhältnis von 65 v. H. in den Rheinbezirk, fünfzig Prozent in den benachbarten Gebieten angesiedelt hat, wobei freilich für die Saarländer die selbe Überwallt hinzukommt, die ihre laudensfähige Heimat über kurzem doch wieder zum unbestrittenen Reichsgebiet rechnen wird.

Um Schluß dieser Bevölkerungs- und berufsmäßiglich immerhin wichtigen Feststellungen sei noch bemerkt, daß auch ein gewisser Jang aus den nordöstlichen Gebieten in die Randgebiete Sachsens und Schlesiens seit zehn Jahren festzustellen ist. Besonders im Gebiet Nordböhmens, wo die Abschließung der deutschen Bevölkerung manchmal geradezu groteske Formen annimmt, ist diese Zuwanderung auf deutsches Gebiet für die intellektuellen und deswegen auch freigelegenen Kreise klar geworden. In diesen Randgebieten darf man auf immerhin 6000 Personen zählen, die eine Art intellektuellen Wohnort dort genommen haben und versuchen, ihre Berufe so gut wie möglich weiter auszuüben, was besonders für Spezialisten und Juristen reichlich schwer in diesen Zuständen ist, weil zum großen Teil die praktische Tätigkeitsmöglichkeit wegen Mangels an Zulassungen behördlicher Natur unterbunden ist. Unter diesen Gruppen der in den Randgebieten neu zugewanderten Bevölkerungsteile sind deswegen auch die beruflichen Umstellungen recht umfangreich geworden: man findet dort Ärzte, die in Privatbanken eingestellt sind, und Rechtsanwältinnen, die in Rechtsbüros eine Hilfsstelle ausüben, usw. Höffen wir, daß sie alle recht behut mit ihrer großen Hoffnung: daß nämlich alles das nur ein etwas langgelehnter Übergang ist zu früheren, besseren Zuständen und Zeiten oder zu neuen Entwicklungen auf einer natürlieheren Grundlage als sie heute voranden ist.

Dr. Friedrich Wilbur Schmitz.

## Das Heilsberger Dreieck.

Das Wehrkreiskommando I in Königsberg teilt mit: Die dauernde Bedrohung der vom Reich abgetrennten Provinz habe das Reichswehrministerium veranlaßt, ihre Verteidigungsfähigkeit im Rahmen des durch das Versailles-Diktat Etablierten zu verbessern. Hierfür zur Verfügung gestellte Mittel würden zur Verstärkung des sogenannten Heilsberger Dreiecks, dessen drei Eckpunkte die Städte Pr.-Gylau, Orensburg und Malbuden sind, benutzt, um der Abwehrkraft der Provinz ein weiteres Rückstütze zu geben. Die erforderlichen Gebäudeerweiterungen würden zum größten Teil an provinzielle Baufirmen vergeben werden. Daneben dürfte auch der Spezialbau-Industrie einseitig eingeleitet werden. Das Wehrkreiskommando fügt hinzu, daß die neuen Verstärkungen keineswegs auf eine Verhärterung der Bedrohung der Provinz zurückzuführen seien oder hinderten und daß die vorwärts der Heilsberger Stellung moabenden Teile der Bevölkerung keinen Grund zu der Annahme hätten, daß sie militärisch ausgegeben seien. In dem Grundriß der Bebauung der ganzen Provinz habe sich nichts geändert.

Die polnische Presse hat die Nachricht von der geplanten Verstärkung des Heilsberger Dreiecks in großer Aufmerksamkeit und sie natürlich mit den üblichen Kommentaren über deutliche Angriffsabsichten auf Polen versehen. Auch die amtliche polnische Censorenagentur hat auffällig schnell zu dieser Frage Stellung genommen, und zwar in einer Weise, die darauf abzielt, Genf und Paris gegen Deutschland auf den Plan zu rufen. An der amtlichen Äußerung wird nämlich behauptet, daß die deutschen Absichten dem Art. 180 des Versailles-Diktats widerspreche. Dieser Artikel besagt im wesentlichen: „Alle besetzten Anlagen, Festungen und feste Plätze zu Lande, bis an deutschen Gebiete militärisch einer Zone in 50 Kilometer Abstand südlich des Rheins liegen, werden abgeräumt und geschleift.“ Die Anlage jeder neuen Festung, Anlage militärischer Art und Wichtigkeit, ist in der ersten Ablass dieses Artikels bezeichneten Zone verboten. — Das System der besetzten Werke an der Süd- und Ostgrenze Deutschlands verleiht im gegenwärtigen Zustand.“ Das allgemeine Festigungsverbot gilt also nur für die Gebiete militärisch des Rheins und die entmilitärisierte 50-Kilometer-Zone südlich des Rheins, nicht aber für das übrige Deutschland. Der letzte Absatz des Art. 180 lautet: „Die Heilsberger Pläne können deshalb keine Anwendung, weil es sich hierbei nicht um „besetzte“

Werke“, sondern lediglich um Gebäudefestigungen handelt, durch die das System der besetzten Werke“, wie es 1919 in Ostpreußen bestanden hat, keineswegs aufgehoben verändert wird. Die polnische Behauptung, als ob diese Gebäudefestigungen im Heilsberger Dreieck als Operationsbasis in einem deutschen Angriffskrieg (I) gegen Polen dienen könnten, richtet sich nur selbst. Denn die lediglich für die Verteidigung geeigneten Anlagen, denen nicht einmal schwere Verteidigungsstellungen zur Verfügung stehen (von den schweren Angriffswaffen, die Deutschland überhaupt nicht besitzt, ganzlich zu schweigen), steht auf polnischer Seite eine Kette moderner Festungsanlagen gegenüber, von deren Basis aus eine mit allen modernen Kriegsgeschäften ausgestattete Angriffswaffe gegen das offene militärische und oberirdische Hinterland in Bewegung gesetzt, alle gegen einen Raum vorgeschickt werden kann, der abgesehen von den schwachen Reichswehrkräften, zu seiner Verteidigung nur die Günst des Jampf- und Jenseitigen Geländes und den sonstlichen Beschauungsanlagen seiner Bewohner gegen jeden polnischen Raubeneinfall in die Wogebale zu werfen vermag.

Am übrigen kann sich das Reichswehrministerium bei all seinen Maßnahmen, die es zum Schutze Ostpreußens trifft, nicht allein auf die direkten Vorbereitungen der ostpreussischen Bevölkerung zum militärischen Widerstand stützen, sondern auch auf vornehmlich polnische Persönlichkeiten berufen, aus deren Äußerungen unmissverständlich sehr aktuelle Angriffsbefehle Polens auf Ostpreußen hervorragen. Es sei nur an die Drohung jenes hohen polnischen Offiziers erinnert, der bei der Festungsbesichtigung der polnischen Truppebesuche in Danzig gesagt hat, daß er aber in Uniform in Königsberg als noch einmal in Siedel in Danzig sein werde. Es sei neben zahllosen anderen, ähnlich klaren Äußerungen auch daran erinnert, daß polnische Piloten im Zustande, wie z. B. Droboszycki in Amerika, infamistisch den Boden für eine polnische Besetzung Ostpreußens vorbereiten. Überdies wurde auch die Befestigung der Danziger Schlüsselburg, die Polen mit völlig unerbauten Mitteln anstrebt, eine direkte militärische Bedrohung Ostpreußens bebauten. Diese polnische Politik und die erwiderten offenen Angriffsbekundungen, die keineswegs „um unerantwortlichen Chauvinisten“, sondern von maßgeblichen Persönlichkeiten in übereinstimmung mit den Vorbereitungen der Regierungskreise gemacht werden, verheißt nicht einen die Gebäudefestigungen im Heilsberger Dreieck, sondern vielmehr ein schwebendes, drohend, was zum Schutze Ostpreußens unternehmen werden könnte.

## Die Bedrohung des Ostens.

### Polen will Ostpreußen „besetzen“!

Der Verband polnischer Offiziere aus den Ostpreußen gehörenden Zirkeln veröffentlichte am 27. März eine polnische Ostpreußen-Verhandlung, auf dem a. d. frühere polnische Generalkonful in Königsberg i. Pr. Szokomski, einen durch seine Doppelheimlichkeit bemerkenswerten Vortrag über Ostpreußen hielt. Auch im Jahre 1919 habe noch Meinung Szokomskis die Möglichkeit einer Verabredung zwischen Ostpreußen und Polen (I) bestanden, was jedoch durch Deutschland vereitelt worden sei, da das Reich sich sehr rasch von der Wiederholge zu erholen und gleichermassen an die Revision der Grenzen zu denken begannen habe. Seit dieser Zeit sei Ostpreußen Deutschland besonders Vorkurs des Reiches geworden, wobei es nur allein Dingen daran gabe, „Ostpreußen auch unter grobem Opfer bei Besetzung zu erhalten“ und nachzuweisen, daß „das polnische Pommerellen“ zu Deutschland gehören müsse. Daraus lasse sich das Reich Ostpreußen auch heute noch nie kosten, obgleich dieses Land ohne natürliches polnisches Hinterland nichtschafflich selbstständig bestehen könne und aus drei verschiedenen (I) Gebieteinstellen zusammengeleitet sei. Aufgabe der polnischen Diplomatie sei, der Welt klarzumachen, daß Ostpreußen ebenso wie Estland, Litauen und Finnland besetzt (I) werden müsse. Die polnische Öffentlichkeit und die polnischen Organisationen müßten letztendlich daran arbeiten, um „die rückständige und vernachlässigte Masse der majoritären Bevölkerung“ für Polen (I) zu gewinnen. Der Vortragende machte schließlich der polnischen Öffentlichkeit bittere Vorwürfe, daß sie in dieser Hinsicht dieses vernachlässigt habe, wobei er besonders darauf hinwies, daß heute in Allenstein noch kein polnisches Gymnasium errichtet worden sei.

### Polnische Flottenmanöver vor Danzig.

Die gesamte polnische Flotte, bestehend aus einem Panzerkreuzer, zwei Korvettenbootflotten, vier Korvettenbootjägern, eine Unterseebootflotte nebst zahlreichen Begleitkräften hielt am 22. und 23. Mai große Manöver in der Danziger Bucht ab. Eine besondere Rolle spielten dabei die Minenlandboote,

die einen Sperrgürtel zum Schutze von Gdingen legten. Die gelandeten in Gdingen stationierten Flugzeuge nahmen gleichfalls an der Übung teil. Die Bombenflugzeuge hatten dabei die Aufgabe, „deutsche Panzerkreuzer bei einem Angriff auf Gdingen mit Bomben zu besetzen“. Auf der Landseite nahm die erste Matrosen-division an den Manövern teil. Im Auftrage des Kommandanten der Flotte wurde ein polnisches U-Boot-Korps unter dem Kommando des Admirals Korbutow an Bord des „Korvettenführers Wina“ die Übungen der polnischen Flotte.

Gemäß einer neuen Verordnung des polnischen Finanzministers wird der polnische Zoll- und Grenzschutz mit bemanneten Motorbooten für die Ostsee ausgerüstet werden. Diese Grenzlandboote sollen das Recht haben, Schiffe auf See anzuhalten und, falls diese der Auforderung zum Halten nicht sofort folgen, von der Waffe Gebrauch zu machen. Zwei Schiffe sollen in die Ostsee abgegeben werden, der dritte Schiffe soll bereits auf die Ostsee geschickt werden. Die Gründe hierfür sind, als ob es sich gegen irgendwelche Gefahren schützen müßte, die ihm von Danzig her drohen. Vielleicht will es sich auch eine neue militärische Waffe schaffen, die bei gegebener Gelegenheit den Danziger Schiffsverkehr lahmlegen kann, ohne daß hierfür Einheiten der polnischen Kriegsmarine, die im Ernstfall an anderer Stelle eingesetzt werden sollen, herangezogen werden müssen.

### Militärische Vorbereitung der Frauen in Ost-O-S.

Polen hat auch in Ost-Oberlesien die militärische Vorbereitung der Frauen für die Landesverteidigung eingeführt. In diesem Jahre der Übung werden die Frauen werden in Vögeln und Ausbildungskursen, die in Städten und Dörfern abgehalten werden, für ihren Zweck ausgebildet; sie gelten als Anführerinnen und werden nach Ablegung von Prüfungen über ganz Polen verteilt, um ihre Tätigkeit in den Städten und Dörfern fortzusetzen und mehrere tausend SchülerInnen im Geiste der Ideologie der militärischen Vorbereitung der Frauen für die Landesverteidigung auszubilden.

## Der Ostbund hilft Dir!

Willst Du ihm helfen? Dann wird Mitglied sein! Du bist ein Mann? Du bist ein Weib? Du bist ein „Ostland“! Dadurch fährst Du mit uns, die uns allen gemeinsame Sache der Ostmark!

# Die Polen im deutschen Osten.

## Das polnische Gymnasium in Weuthen.

Jetzt wird an dem Umbau des für das polnische Gymnasium bestimmten ehemaligen „Katoik“-Verlagsgebäudes auf der Friedrich-Ebert-Strasse in Weuthen (O.-S.) gearbeitet. Von der polnischen Volksbank „Pomoc“ in Berlin waren mehrere Baufirmen zur Abgabe von Offerten für die Umbauarbeiten einschließlich der Turnhalle aufgefordert worden. Die Angebote bezogen sich in den Grenzen zwischen 48 000 und 56 000 Mk. Während die Ausschreibung von der Bank „Pomoc“ erfolgte, wurde der Schluß der Architekten der Katoiker-Verlagsanstalt erteilt. Ein Baumeister Jacejmski in Krasowitz führt die Arbeiten aus. Um sich zur Pflicht gemacht worden, sich mit einer Weuthener Baufirma in Verbindung zu setzen. Vertraglich müssen die Umbauarbeiten bis zum 15. August d. J. beendet sein. Da das polnische Schuljahr mit dem 1. September seinen Anfang nimmt, so ist wohl anzunehmen, daß mit dem genannten Tage die neue Anstalt ihre Pforten öffnen wird. An der Schlüsselzeit ist auch das bedeutende polnische Konjunktionsgebäude auf der Gleimstr. Straße in Weuthen durchgreifender Erneuerungsarbeiten unterworfen worden. Hier soll ein Pensionat für die Schüler des Gymnasiums eingerichtet werden.

## Polonisierungsarbeit im Kreise Krasibad.

Der polnische Pfarrer Kojolek in Grabine, Kreis Krasibad, der letzterfolgt die Sperrung für die polnische Piste zur Preußischen Landtagswahl aufgetrieben ist, macht wieder einmal von sich reden. Die Gemeinde Grabine ist durchaus deutsch. Trotzdem hat der Pfarrer Kojolek es fertiggebracht, hier eine polnische Privatschule zu gründen, die einzige in Oberhiesien außerhalb des ehemaligen Abteilungsgebietes. Der Pfarrer hat auch seit Jahren den deutschen Eltern immer wieder bei den Sakramentsunterricht der Kinder Schwierigkeiten gemacht und sie beschuldigt, den Unterricht für ihre Kinder in polnischer Sprache erteilen zu lassen. So befehlt die Gemeinde, daß nur 18 Kinder diesen Unterricht in deutscher Sprache, aber 20 in polnischer Sprache erhalten, obwohl von diesen 20 Kindern nur ein einziges die polnische Sprache beherrscht, während alle übrigen 19 in die deutsche Schule gehen. Für den Sakramentsunterricht hatte Pfarrer Kojolek sich nun, da er seit langem leidend ist und nicht los sprechen darf, den Lehrer der polnischen Privatschule einen polnischen Staatsangehörigen, als katholischen Pfaffen in die Kirche mitgebracht. Außerdem kam es dann dazu, daß der Pfarrer den Sakramentsunterricht überhaupt nicht mehr erteilt, sondern ihn für beide Sprachgruppen vollständig dem polnischen Lehrer überließ. So ist der Zustand eingetreten, daß ein aus Polen herübergegangener Magister den Sakramentsunterricht an die deutschen Schulkinder erteilt. Darüber empört sich nun auch die Grenztruppe und teilt mit, das bischöfliche Amt habe sich dahin erklärt, daß es beim Vorliegen weiterer berechtigter Beschwerden in Grabine eingreifen und Ordnung schaffen werde.

## Mißglückte Polenbündpropaganda.

Einen bescheidenen Beitrag zur oberflächlichen Polenfrage liefert folgender Vorkfall, der sich vor den Preußenmännern ereignete: An einer polnischen Wahlversammlung in Groß-Schminitz (Deutsch-Oberhiesien) waren zwei polnische Redner aus Oppeln erschienen. Als einer von ihnen seinen Vortrag in hochpolnischer Sprache begann, erfolhoben Protestrufe wie „Deutsch reden!“ oder „Wir verstehen kein Hochpolnisch!“ Da der Redner unbekümmert weiter sprach, die Protestrufe sich aber immer mehr mehrien, griff der Versammlungsleiter ein mit der Erklärung, daß keine Politik getrieben, sondern Aufklärung über wirtschaftliche und kulturelle Fragen gegeben werden solle. Diese Mitteilung wurde mit Juchzen überhört, die Aufklärung vollständig im polnischen Lande erteilt werden, worauf allgemeines Rufen nach Schluß der Versammlung laut wurde. Die Versammlungsleiter teilnehmer stimmten schließlich das Deutschlandland an, worauf die Wahlredner ohne einer Fortsetzung der Versammlung und ihrer Ausführungen Abstand nahmen.

## Polnischer Zuzug in deutsche Grenzstädte.

Der Magistrat der Stadt Meseritz wendet sich in seinen Weltredungen, den unerwünschten Zuzug vom Lande wenigstens teilweise zu unterbinden, in einem Aufruf an die Vermieter von Wohnungen, bei Zuzug ostpreussischer Personen deren wirtschaftliche Verhältnisse durch das höchstliche Wohlstandskriterium zu prüfen. Der Magistrat werden prüfen, ob nicht der Hausmirt für den Zuzug ihre verursachten Vermögensaufwendungen in irgendeiner Weise haltbar gemacht werden können. Schließlich erklärt der Magistrat, liege die Bekämpfung der Landflucht auch im nationalen Interesse. Bei dem größten Teil der Personen, die nach der Stadt Meseritz, handelte es sich um Landarbeiter polnischer Nationalität. Die Zahl der in der Stadt in den letzten Jahren selbst gewordenen polnischen Landarbeiter ist bereits ganz erheblich; zu einem Teil ist dieser Zuzug bereits während der Wohnungsengpassigkeit erfolgt, und zwar über die im Bereiche der Stadt liegenden Güter. Die Weltredungen sind

ein Teil der Polonisierungsabsichten der polnischen Minderheit im Grenzgebiet. Es ist dies ein typischer Fall dafür, wie die Polen versuchen, in rein deutschen Gebieten polnische Zellen zu bilden. Sind erst genügend Familien mit einer genügend großen Minderzahl zugezogen, dann folgt bald der Antrag auf Errichtung einer polnischen Gemeindeverwaltung. Auch in Urubischts sollen ähnliche Bestrebungen der Polen in letzter Zeit beobachtet werden sein.

## Die polnischen Stimmen im Kreise Schlochau.

Bei der Preußenwahl war in Pommern bekanntlich kein polnische Piste aufgestellt worden. Trotzdem blieben die im Kreise Bütow befindlichen „Polen“ nicht völlig untätig. Der Nachfolger Jan Bauers, Styp von Rekowski, einer von den Reichsdeutschen polnischer Abstammung, die bei polnischen aktiven Gruppen ihre militärische Ausbildung genossen haben, war bemüht, seine „Schiffen“ aufzuklären, und so konnte man am Wahltag einen auffallend starken Verkehr aus verschiedenen Ortschaften des Bütower Kreises in den benachbarten Kreis Schlochau bemerken. Unter Führung des Styp von Rekowski zog eine Schar von über fünfzig Menschen, die mit einem Stimmstein versehen waren, nach Bütow, von wo aus dann die Eisenbahnfahrt in die Grenzmark, nach Stolpeterkau im Kreise Schlochau, angetrieben wurde, wobei sich auch ein zweiter Trupp aus dem Kreise Bütow auf einem Seitenzuge nach Bütow hatte. Von den Polen konnte aber der größte Teil nicht zur Wahl zugelassen werden, weil ihnen die notwendigen Ausweispapiere fehlten. Die Enttäuschung war natürlich sehr groß und wurde noch größer, als man sich zur Einsicht riefte, vor welcher jedem dieser polnischen Wähler ein preußischer Celer in die Hand gedrückt worden sollte. Diese Entlohnung konnte aber nur einem Teil der Polen ausgehört werden, weil der vortreffliche Styp von Rekowski zu wenig Geld mitgebracht hatte. Und die Enttäuschung wurde noch größer, als man sich noch vollenderer Wahl bei Bier und Wurst zu fassen gedachte und sich hierbei die Portionen für die hungrieren Schiffen als viel zu klein herausstellten. So hat der vortreffliche Styp von Rekowski nur die polnische Stimmzahl im Kreise Schlochau von 16 im Jahre 1930 auf 43 steigern können, sich aber die Unzufriedenheit seiner Schutzbesitzeren zugezogen. Die Rückfahrt wurde unter diesen Umständen mit ziemlichem Aufwand und Junk angetrieben. Man war dem Führer der „polnischen Schiffen“ durchaus nicht wohl gesonnen, und nach nur vor den polnischen Wähler aus dem Kreise Bütow nicht wie vor den verprochenen preußischen Celer, sondern aus die „Wahlrecht und das Wahlbier“.

## Die Revision Jan Bauers vermorren.

Das Stolper Schwurgericht hatte sich bekanntlich in seiner ersten diesjährigen Sitzungsperiode auch mit einem Meinheitsprotest gegen den Schlußführer der polnischen Minderheiten im Kreise Bütow, Jan Bauer, zu beschäftigen. Der ganze „Protest“ war ein großes Schloßgott auf die vermehrte Tätigkeit der „Beklagten“ und brauchte den einmütigen Beweis dafür, daß Bauer sich im großpolnischen Sinne betätigt und sich auch des Meinheits schuldig gemacht habe. Das Urteil lautete nach dreitägiger Gerichtsverhandlung unter Zuhilfenahme mildernder Umstände auf eine Gefängnisstrafe von 12 Monaten, außerdem wurde der Angeklagte in die Kosten des Verfahrens verurteilt. Bauer legte gegen dies Urteil des Schwurgerichts vom 11. Februar d. J. Revision ein, die jetzt durch Beschluß des Reichsgerichts vermorren worden ist. Das Urteil ist mitbin rechtskräftig geworden.

## Das polnische Schulwesen in Frankreich.

Die Zahl der polnischen Schulkinder in Frankreich, die polnische Schulklassen in den Volksschulen besuchen, beträgt 21 194 (10 779 Knaben und 10 415 Mädchen), die Zahl der polnischen Lehrer beträgt 158. Die polnischen Kindergärten werden von 3131 Kindern (1416 Knaben und 1715 Mädchen) besucht und von 30 Kindergärtnerinnen geleitet. Die meisten polnischen Schulkinder sind im französischen Nordfrankreich und im deutschen Elsaß!

## Eine polnische Monatschrift in Wien.

Dieser Tage ist in Wien die erste Nummer einer neuen polnischen Monatschrift, die den Titel „Wiedomosci Wiedenskie“ (Wiener Neuigkeiten) trägt, erschienen. Die Zeitschrift ist das Organ des Verbundes der polnischen Gesellschaften in Wien.

## Das Vielteiler deutsche Gymnasium gefährdet?

Im Vielteiler mochen sich Weltredungen mit Unterstützung der Behörden bemerkbar, ein jüdisches Gymnasium zu errichten. Im gleichen Augenblicke mühte das zu 70 v. H. von jüdischen Schülern besuchte deutsche Gymnasium den Betrieb einstellen. Aus diesem Grunde fordert man die Bildung und will dem jüdischen Schulverein zahlreiche Vergünstigungen gewähren.

## Der Ostbund hilft Dir!

Willst Du ihm helfen? Dann wir Mitglieder für ihn und Leser für seine „Ostland“. Dadurch fördern Du wirksam unsere gemeinsamen Socia

# Aus dem Osthilfegebiet.

## Keine neuen Sicherungsverfahren mehr.

Der Reichskommissar für die Osthilfe, Dr. Schlange-Schöningen, hat unter dem 18. Mai einen Rundschreiben an sämtliche Landesstellen gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Während die Sicherungsordnung namentlich seit einem halben Jahr in der Tat meistens sich des Risikos aus Gläubigerkreisen darüber, daß noch immer Sicherungsverfahren über landwirtschaftliche Betriebe nur eröffnet werden. Es ist nicht zu verkennen, daß die Eingriffe in die Gläubigerrechte, die die Sicherungsordnung im Interesse der Sicherung der Ernte und der Rettung der ostdeutschen Wirtschaft verleben mußte, für die Beteiligten auf die Dauer schwer zu tragen sind, und daß daher den Wünschen der Gläubigerkreise, von einem bestimmten Zeitpunkt an neue Sicherungsverfahren nicht mehr zu eröffnen, eine gewisse Verträglichkeit nicht außer Acht zu lassen ist. Auch nach den mir vorliegenden Meldungen die Sicherungsanträge, die innerhalb der längst abgelaufenen Fristen gestellt worden waren, mit Ausnahme von Ostpreußen nahezu reiflos aufgearbeitet. Es steht daher auch zum Standpunkte der ordnungsmäßigen Durchführung der Verfahren nichts im Wege, namentlich mit äußerster Beschleunigung über die noch vorliegenden Sicherungsanträge endgültig zu entscheiden. Ich beschleunige die Verfahren als nächstes seitens der den 1. Juni, für Ostpreußen ab dem 15. Juni 1932. Ich bitte, dafür Sorge zu tragen, daß bis dahin die noch vorliegenden Sicherungsanträge auch bei den unteren Vermögensbehörden reiflos aufgearbeitet werden. Nach diesen beiden Terminen dürfen Sicherungsverfahren nicht mehr eröffnet werden. Das gilt grundsätzlich auch für die Eröffnung von Sicherungsverfahren aus Amis wegen auf Grund des § 4 der Sicherungsordnung, nur im ganz besonders begründeten Ausnahmefällen kann sich die Eröffnung von Sicherungsverfahren von Amis wegen nach dem genannten Zeitpunkt noch schließen.“

## Arbeitsdienst im Grenzgebiet.

Der Preussische Staat führt gemeinsam mit der Provinz Grenzmark im Kreise Schwerin (Warthe) an der Ostgrenze umfangreiche Entschärfungsarbeiten durch. Im Kreise Schwerin wurden 1925 25 000 Morgen Wald von der Sorbische Kolonisten und meisten getöteten werden. Ferner sind durch einen von Polen betriebenen Waldbrand 5000 Morgen Wald vernichtet worden. Die Folge war ein förmliches Anstiegen des Grundwasser, durch das zwei Dörfer, Raja und Pehläge, mit ihren gesamten Bemerkungen vollkommen unter Wasser gesetzt wurden. Die Einwohner dieser Orte mußten bis auf den Grund überleben von Verhänge ihre Höfe verlassen. Sie sind seitdem dem Elend preisgegeben. Zum weiteren Vorrat sind durch das steigende Grundwasser derartig bedroht, daß ihnen ein absehbarer Zeit das gleiche Schicksal wie den unter Wasser gestellten Dörfern widerfahren dürfte, wenn nicht schleunig Abhilfe geschaffen wird. Es werden nunmehr im freiwillingigen Arbeitsdienst große Entschärfungsarbeiten gesogen werden, die das Grundwasser des gesamten Gebietes um mehrere Meter absenken und in den sehr tief gelegenen Punkten ableiten sollen. Der freiwillige Arbeitsdienst hat hier ein Projekt durchzuführen, das besonders in nationalpolitischer Beziehung außerordentlich wichtig ist, weil sonst das ganze Grenzgebiet im Kreise Schwerin völlig menschenleer werden würde. — Im Kreis Kreis sind im Kreis Kreis ebenfalls ein größeres Meliorationsprojekt in Angriff genommen worden. Die Durchführung der Arbeit ist Jugendverbänden übertragen worden. Hierfür kommen nur Erwerbslose in Frage, die Arbeitslosen- oder Krüppelunterstützung beziehen. Ferner sollen auch solche junge Leute, die keine Krüppelunterstützung beziehen, durch zufällige Mittel zu dem Arbeitsdienst zugelassen werden. Die Krüppel erhalten freie Unterkunft, Verpflegung und eine Entschädigung von 83 % d. Spf. pro Tag. Sie sind sämtlich gegen Krankheit und Unfälle versichert. Arbeitsleistung wird gestellt.

Der Preussische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat am sämtliche Regierungspräsidenten und Landwirtschaftsamtpräsidenten einen Erlass gerichtet, in dem nochmals auf die Bedeutung des freiwilligen Arbeitsdienstes für die Söderung der Meliorationen hingewiesen wird. In dem Erlass wird weiter zum Ausdruck gebracht, daß nach den bisher eingegangenen Berichten die Leistungen, die mit der Beschäftigung von Arbeitsdienstfreiwilligen gemacht wurden, als recht häufig zu bezeichnen sind. Insbesondere hat die Annahme, daß durch die Einschaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes eine wesentliche Verbilligung der Meliorationsarbeiten erzielt werden könne, in allen Fällen Befolgung gefunden. Diese Befolgung sei um lo beobachtbarer, als es in den nächsten Jahren bei der außerordentlich schmerzigen Sinnlosigkeit des Staates auf der Preussischen Ostgrenze sein werde, die mit der Beschäftigung von Arbeitsdienstfreiwilligen zu unterstützen und somit das Meliorationsmerk nur der zu befürchtenden Einstellung nur bemerkt werden könne, wenn von den Möglichkeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes in viel größerem Umfang Gebrauch gemacht werde, als es bisher der Fall gewesen sei. Der Minister gibt erneut der

bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die für das Meliorationswesen zukünftigen Behörden sich mit allem Nachdruck tatkräftig hierfür einzusetzen und damit eine Aufgabe erfüllen, die, abgesehen von ihrer landwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Bedeutung, auch in sozialpolitischer Hinsicht als überaus wichtig und dringlich zu bezeichnen sei. Gerade die Meliorationen geben die beste Gelegenheit, der in so erschreckendem Maße zunehmenden Erwerbslosigkeit entgegenzuwirken und viele jetzt brüderliche Arbeitskräfte, vor allen Dingen die Jugendlichen, denen die Arbeit körperlich und geistlicher Zusammenbruch drohe, in den Produktionskreis wieder einzubringen. Es wird den Kulturbaubehörden und Landwirtschaftsbehörden überlassen, selbständige Unternehmungen für die Einschaltung von Arbeitsdienstwilligen in Betracht kommen. Empfehlend wird vom Minister darauf hingewiesen, daß erst wenn Meliorationsarbeiten mittleren und kleineren Umfangs zu fördern, die eine unmittelbare Ertragssteigerung und eine höhere Wirtschaftlichkeit verprechen und deren Verbilligung außerordentlich schwieriger möglich ist. Soweit die Träger der Arbeit (Bewirtschafteten, Gemeinden, Kommunalverbände usw.) die durch den Zustand von 2. A. je Lagerwerk nicht gebunden Rollen aus eigenen Mitteln nicht aufbringen können, wird die Aufnahme verbilligter Darlehen notwendig sein. Der Minister stellt den Behörden anheim, ihm entsprechende Anträge zwecks Weiterleitung an die Kreditinstitute vorzulegen, die sich die Unterstützung von Meliorationen zur Aufgabe gemacht haben.

## Entschädigungswesen.

### Reichsschuldbuchforderungen.

Der Rücktritt des Kabinetts Brüning hat sich leider ungünstig auf die Entwicklung der Schuldbuchforderungen ausgewirkt. So daß ein weiterer Rückgang um 4 bis 6 p. H. erfolgt ist. Es wird in Berlinkreisen befürchtet, daß seitens der neuen Regierung eine Änderung aus dem währungsrechtlichen Gebiet erst durchgeführt werden könnte. Diese Gerüchte, welche wohl von gewissen Kreisen absichtlich verbreitet werden, haben naturgemäß eine große Beunruhigung bei den Besitzern von Schuldbuchforderungen hervorgerufen, so daß viele sich veranlaßt fühlen, ihren Besitz an Schuldbuchforderungen abzugeben. Dieses dürfte wohl die Hauptursache für den Rückgang der Schuldbuchforderungen sein. Wir glauben jedoch, daß von einer neuen Regierung, gleichviel welche Parteien in ihr vertreten sind, währungsgefährdende Maßnahmen nicht zu erwarten sind, die eine weitere Entwertung der Schuldbuchforderungen herbeiführen könnten. Wohlleben die unererblichen Verkaufskurse vom 1. Juni 1932:

	I.	II.		I.	II.
1933	91	90	1939	50	47
1934	74	71	1940	50	47
1935	67	64	1941	48 1/2	47
1936	61	59	1942	46 1/2	46
1937	54	52	1943/48	45 1/2	45
1938	52	50	Wiederkaufsschuldige 15-16 p. H.		

Sorgen wird eine Veröffentlichung des neuen Reichskambers von Döppel bekannt, nach der irgendeine Änderung aus dem Währungsgebiet von der neuen Regierung nicht geplant sei. Diese Auslassung hat zur Folge, daß eine Erholung auf dem Rentenmarkt eintrat und insbesondere die Kurse der Reichsschuldbuchforderungen höher bewertet wurden. Hoffentlich ist sich diese Heuliederung fort.

## Bundesnachrichten.

### Unterbringung deutscher Ferienkinder aus Polen.

Wie aus dem Bericht über den Vortrag der Frau Frida Panke auf der Bundestagung des Deutschen Ostbundes (siehe Seite 269/70) herozogen, hat unser Aufruf, der die Bitte an unsere Landsleute im Reich enthielt, deutsche Kinder aus den abgetrennten Ostgebieten während der Ferien bei sich aufzunehmen oder eine Geldspende für Unterbringung solcher Kinder an den Deutschen Ostbund einzuliefern (und zwar auf unser Volkshilfskonto Berlin Nr. 104 726) infolgedessen einen erfreulichen Erfolg gehabt, als bis jetzt schon die Aufnahme von mindestens 70 Kindern gesichert ist. Wir freuen uns, daß es trotz der Not der Zeit möglich gewesen ist, in dieser Hinsicht einen größeren Erfolg zu erzielen als je bisher und danken von ganzem Herzen allen, die sich an diesem Liebeswerk bisher beteiligt haben. Zugleich aber richten wir erneut die dringende und herzliche Bitte an alle unsere lieben Landsleute, Männer und Frauen, die irgend in der Lage sind, auch ihrerseits während der Ferien ein solches Kind aus der Ferne in einen erfreulichen Aufenthalt und um das ihm ein ungetragenes Glück zu bereiten, uns doch schleunig die Bereitwilligkeit dazu mitteilen oder, wenn das nicht geht, dieses für das Bewußtsein in unserer alten Heimat lo überaus wichtige Liebeswerk durch eine Geldspende zu unterstützen. Jede, auch die kleinste, Gabe wird dankbar angenommen. Doppelt gilt, wenn bald gibt!



Es ist auch, daß der Gegenlat Dillitschi-Domoski auf außenpolitischem Gebiete ausgefallen ist. Während Dillitschi den Kampf gegen Rußland wollte, um Westrußland und die Ukraine zu gewinnen, forderte Domoski die Eroberung Ostpreußens bis zur Oder. Alle Anzeichen sprachen dafür, daß Dillitschi mit den Domoskischen Plänen unterliegt. (Siehe die Ereignisse im Korridor)

### Aus verbrudeten Verbänden.

Die Vereinigungen ehemaliger Angehöriger der Ehorer Regimenter veranstalten am Sonntag, dem 5. Juni 1932, nachm. 16 Uhr, im Landes-

ausstellungspark (Utop) Alt-Mosbit 4-10 (Ehorer Bahnhof) zusammen mit dem Ehorer Heimatbund ein Garnison- und Heimattag. Das Programm sieht vor: Gartenkonzert (Kapelle der Kommandantur Berlin), Chorgesang (Gesangsabteilung des Ehorer Heimatbundes), Ansprachen (Oberst a. D. Vid e k e z, Feilzugskommandeur des ehem. Inf.-Regts. Nr. 21, und Oberbürgermeister Dr. G o f f e, Glogau, Ehorer Bürgermeister von Ehora), Vorbericht der Garnisonstreife, Ehorerische Beförderungen, Säckelzug, Sackelstreifen. Anschließend im Saale Tanz. Eintritt in den Garten und insgleich zum Tanz im Saal beträgt nur 30 Pf., Kinder unter 14 Jahren sind frei.

## Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

### Persönliches.

Supervintendant i. R. Julius Dohmet t.

Wie uns der Herrland der Ortsgruppe Bad Warmbrunn mitteilt, ist am 28. v. M. dort Supervintendant i. R. Julius D o h m e t im Alter von 68 Jahren gestorben. Mit ihm ist ein in weiten Kreisen bekannter und beliebter Seelsozialgehilfe dahingegangen, der seine ganze Antipatist im Offen verbrachte hat. Nachdem er zunächst Pastor in Pölkowitz (Schlesl.) gewesen war, wurde er als zweiter Pfarrer an die St. Paulikirche in Posen berufen. Nach langjähriger verdienstvoller Tätigkeit in diesem Amt erhielt er einen Ruf nach Eberswalde, wo er zum Supervintendanten des Kirchenkreises Hirschberg ernannt wurde, kehrte er dort 1910 als Pfarrer an der Kreuzkirche und Supervintendant des Kirchenkreises Posen I nach Posen zurück und war dort bis nach dem polnischen Umsturz tätig. Während des Weltkrieges verlor er seinen einzigen Sohn, der als Leutnant im Pölkowier 6. Grenadier-Regiment fiel, ein Schlag, das sein Vaterleben nie verdrängen hat. Nach dem polnischen Umsturz nahm er sich nicht nur seiner Gemeindeglieder mit gewohnter Hingabe an, sondern betätigte sich mit aller Kraft auch für die Belange des Polener Deutschtums im Deutschenland mit. Als er 1920 Posen verlassen mußte, ging er als Supervintendant nach Jauer. Leider erkrankte er dort sehr bald infolge eines schweren Rheumatis, das ihn 1924 zwang, in den Ruhestand zu treten. Er lag erst nach Hirschberg und überlebte später nach Bad Warmbrunn. Sein Leben verflimmerte sich fortgesetzt, so daß der Tod für ihn ein Erlöser war. Ein treuer Seelsozialgehilfe, ein Mann von tieferster Lebensauffassung, mit einem in gelungener Föge fröhlichen Wertsinn, ein echter Denker, schlicht, aber kernhaft, frohsinnig und lieb, ist in ihn dahingegangen. Unter denjenigen wie unter den früheren Pölkowier wird die Nachricht von seinem Heimgang viele Anteilnahme hervorrufen.

### Die erste ostpreussische Fliegerin.

Gräuelin U l f a l a B i e t e r, die 24jährige Tochter des verstorbenen Baurats B i e t e r, ist als erste Motorfliegerin Ostpreußens auf dem Königsberger Flugplatz ausgebildet worden und wird in kurzem ihren ersten Flugkongress unternehmen. Die junge Fliegerin ist gebürtige Königsbergerin.

**Ehrtag:** Major a. D. O e f f e r t e i d, der im September 1914 durch ein tragisches Versehen mit seiner eigenen Handbatterie viel zur Befreiung Litthens von der Russen befreit hatte, wurde durch Ueberreichung einer Ehrenurkunde des Litthener Artillerie-Vereins, dessen Mitbegründer und Ehrenvorsitzender er ist, geehrt.

**Vermählt:** Lehrer Reichs R a i g i a, Frankfurt a. M., Ortenberger Straße 52, und Martha Heitsig, geb. Nieschmann.

**Silberne Hochzeit:** Kaufmann Adolf S a a l e mit seiner Gattin Dora, geb. Bernhardt, in Friedrichsdorf, früher Kaufmann in Pilsener, Kreis Glatz, am 28. 3.; Kaufmann Alfred R a p a k t und Frau Emmy, geb. Hoerner, früher Gärtnerin Posen/Unterberg, jetzt Berlin SW 68, Charlottenstraße 97, am 6. 6.

**Jubiläre Ostmärker:** Frau verew. A. R u s s a u s, früher Wollstein 1. Pfl., jetzt in Dresden-V., Gullau-Str. 18, am 10. 6. 75 J. alt.; Frau Luise M e i e r, geb. Heinrich, Ehefrau des Oberpostinspektors i. R. Rudolf M e i e r, früher Geh. Rat, jetzt Berlin-Wittenberg, Pilsenerweg 5, am 3. 6. 75 J. alt.; Frau Luise B e i l e, geb. Siedler, „Goldener Löwe“ in Hagenau i. Schlesl., früher Rothenburg a. d. Obra, am 20. 5. 60 J. (am gleichen Tage verlor sie ihren Sohn, der Gutsbesitzer Alfred Günther aus Döberitzshaus mit Gräuelin Käthe R o l l i, Hagenau); Baumeister i. D. Hermann T e i l t in Berlin N 58, Wolliner Straße 2, früher Krotzschin, am 7. 6. 71 J. (Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Orn.); Frau Verta S t i l l e r in Berlin, Straulauer Platz 5, früher Krotzschin, am 10. 6. 70 J. (Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Orn.); Gottlieb J o h n, Braunkauf a. O. am 15. 5. 70 J.; Friedrich S c h ä f e r, Frankfurt a. d. O. am 15. 5. 70 J.

**Geborene:** Oberpostsekretär i. R. Eugen W i t t m a n n in Oppeln, Nebenstraße 10, früher Wissa und Posen, am 24. 3. 71 J.

## Aus der uns verbliebenen Ostmark.

**Schneidmühl.** Vom 10. bis 18. Juni findet in Pötkette bei Schneidmühl der erste gemischte Segelflugkursus statt. An ihm können 15 Teilnehmer von Volk- und Mittelschulen teilnehmen. In Frage kommen Teilnehmer größerer Schulsysteme, die die Berichtsprüfung bestanden haben oder sonst am Segelflug interessiert sind. Die Ausbildung erstreckt sich auf: Physik

des Fluges, Flugzeugmodellbau, Bau von Flugzeugteilen und Gleitflug. Unterbringung und Verpflegung erfolgen kostenlos im Heim Plötkette.

## Aus der uns geraubten Ostmark.

### Aus Polen.

**Mogilno.** In der Nacht entfiel aus bisser unerwarteter Ursache auf dem Bodenraum der Gerechtigkeit Skorzynski in P a r o f s Feuer, welches mit solcher Schwindigkeit um sich griff, daß in kurzer Zeit ein Teil der Holzgebäude in Asche getrieben wurde. Mitgenommen sind verschiedene Chemikalien, Geräte, 200 Stück rotes Leder, Elfenbein und anderes mehr. Der Schaden, der auf 100 000 Zloty taxiert wird, ist durch Versicherung gedeckt.

**Hohenfals.** Auf der Straße Hohenfals-Kruschwitz ist zwischen Hohenfals und Mönchengrub der Bohrdamm aus mehr als 100 Meter vollkommen zerfallen. Der Verkehr ist auf längere Zeit unterbrochen. Die Züge fahren nur bis Mönchengrub, von dort müssen die Substraten auf Autobahn befördert werden. Die Verfassungen dürften im Zusammenhang stehen mit dem großen Erdbeben, das im Jahre 1912 und 1913. Damals versank plötzlich eine ganze Seite der neuerbauten Mutter-Gottes-Kirche, ferner ein großes vierstöckiges Eckhaus mit dem gesamten Anbau. Die Einwohner konnten nur ihr nacktes Leben retten. Auch an anderen Stellen Hohenfals bildeten sich Erdbeben, so daß eine große Zahl von Häusern geräumt werden mußte. Die Schenkungen sind auf unterirdische Salzföhre zurückzuführen, die 1905 in das Salzbergwerk Hohenfals einbrachen und es betriebsunfähig machten.

### Aus Westpreußen.

**Dirschau.** Die Dirschauer deutschen Schüler haben über eine neue polnische Schikane zu klagen. Bekanntlich hat man ohne Grund das deutsche Programm in Dirschau gelassen und die Wiedereröffnung ebenso verweigert wie die Einführung einer deutschen Volksschule. Als die Schüler nun das deutsche Gymnasium in Dr.-Stargard besuchen wollten, wurde ihnen, nachdem sie alle Vorbereitungen getroffen hatten, am ersten Schultage auf Grund einer neuen Anordnung des Ehorer Schulministeriums die Teilnahme am Unterricht verweigert. Da die Schüler alle Manuskripten gekauft hatten, Schülermonatskarten waren ihnen verweigert worden, ließen sie die noch nicht benutzten Karten absteampeln, um den Preis zurückzubekommen. Die Staatsbahn hat jetzt die Erlösung des Wertes für die Monatskarten verweigert.

**Ohingen.** Bei den großen Bauten in Ohingen sind vielfache Unternehmungen vorgekommen. So wurde in dem wertvollen Materialvermögen, so daß Neubauten heute schon mit Wännen aussetzen, ferner sind ungeheure Materiallieferungen in Rechnung gestellt worden, die nie erfolgt sind. Die Gesamtsumme der Rechnungsergebnisse beläuft sich auf 19 Millionen Zloty. Wegen dieser Unternehmungen ist jetzt gegen die Unternehmer Kotlinski, Rinkowski und Calerom ein Verfahren eingeleitet worden. Die Anklageschrift ist über 600 Seiten stark.

**Kronitz.** Ein deutscher Handwerksmeister in Kronitz bekommt ein Strafmandat in Höhe von 3 Zloty, weil er den Verkehr R. nicht zur Fortbildungsschule geschickt habe, der betreffende Verkehr ist jedoch nie bei ihm beschäftigt gewesen, da der Meinung, daß er zum Beschäftigen zu können, mochte er den handwerklichen Verkehr, daß der Verkehr nie bei ihm beschäftigt war, noch ist, und er ihn deshalb auch nicht zur Schule schicken konnte. Er sendet den Strafbefehl zurück. Darauf kommt eine Vorladung von der Starosten zum Termin. Da er die polnische Sprache nicht beherrscht, wird ihm bedeutet, daß er einen Dolmetscher mitbringen habe. Da er das im Bewußtsein seines vollen Rechtes natürlich nicht tut, „ermuntert“ ihn die Starosten durch ein neues Strafmandat in Höhe von 10 Zloty. Daraufhin reicht er ein Schreiben in polnischer Sprache ein, in dem der Satzbefehl dargestellt ist; in diesem wird die Behörde gebeten, die Strafmandate zurückzugeben, ansonsten gerichtliche Entscheidung beantragt und Beschwerde an höherer Instanz eingeleitet würde. Die Antwort kommt außergewöhnlich schnell, und zwar ein Strafmandat in Höhe von 30 Zloty wegen „ungebühlicher Beherrschung des Verkehrs“. Selbstverständlich hat daraufhin der Meister sofort gerichtliche Entscheidung beantragt. Ein Beispiel für die alltäglichen Schikanen, denen deutsche Gewerbetreibende in Polen ausgesetzt sind.

### Diese Nummer umfasst 16 Seiten.

Wir die nicht von der Bundesleitung veranlaßten Anzeigen im Anzeigenteil kann eine Haftung nicht übernommen werden.

**Offmärker! Professionsfrei  
Glänzende Existenzen!**

**Handlungsgrundstück** (Kolonia-  
laren) in einer sehr industrie-  
reichen Stadt Pommerns, nahe  
dem Ostseebäder. . . . . **Preis: 9 500**

**Modernere Restauration**, Bier-  
- und Speisestillatitäten  
mit Ausschank von Spezial-  
bier, sowie Konser- u. Conje-  
-establisement in Frankfurt  
a. d. Oder . . . . . **Preis: 6 000**

**Handlungsgrundstück** zum  
Betrieb einer Geflügel-  
-farm geeignet, im Freistaat  
Sachsen, nahe Bautzen. **Preis: 16 000**

**Bestehende** Flegel- u. Hand-  
-wirtsch. in einer Kreisstadt  
der Neumark. **Konkurrenzlose  
Voll-Existenz!** . . . . . **20 000**

**Kl. Glarus** (Schweiz) Industrie-  
-gesellschaft für alle Zweige,  
bisher Kaffeebäck. 1000 qm  
belle Arbeitsräume mit gr.  
Kellern, Asekanzj 112 000,  
weit unter Wert verkäuflich.  
Umgebung nach Vereinsbau,  
Kl. Arzgau, Pannhaus, Ein- bis  
Zweifamilien, sfr. 3500 und

**Handlungsgrundstück** (40 Juchart  
gleich 144 000 qm) am Schmeider  
Waldenfeuer . . . . . **Preis: 70 000**

**Hotel** in Gemüts- und Zier-  
-garten, in unmittelbarer Nähe  
des Bahnhofs i. Ranton Arz-  
-gau . . . . . **sfr. 50 000**

**Fürstliche** Willensgrundstück, Poll-  
- für Kubist, Arzt, Kolon.  
- Pensionat, Preis: sfr. 800 000

**Polstisch** auch billig **Verkaufslände.**  
Schuhgeschäft i. Kreisstadt, best.  
eingeführt . . . . . **Preis: 4 000**

**Handlungsgrundstück** Gehöft, für  
Kohlen-, Futter- u. Getreide-  
-handlung oder für Waagenfabrik  
geeignet, nahe den Räden  
Veispig u. Mieseburg. **Preis:**  
Anzahl: . . . . . **12 000**  
6 000

**Bekanntes** Vergnügungs-Eta-  
-bisement, Konzert-Restaurant,  
Café, Canziblie, Bierumrah  
1200 hl, in Halle . . . . . **25 000**

**Kolonialwarengeschäft** m. Dro-  
-genhandel u. Bankkass. 5 Mor-  
-gen, Kellern, Nähe Kreisstadt  
Geschäftsgrundstück, für alle Ge-  
-schäfts- und Fabrikations-  
-betriebe geeignet, in einem  
thüringischen Städtchen, Preis  
Anzahl: . . . . . **7 000**

**Pensionsgrundstück** m. Fleischer-  
-ort u. Belbad des Oberharrs  
Grundstück mit Kolonialwa-  
-rengeschäft, am Hauptgeschäfts-  
-straße in Anhalt . . . . . **16 500**

**Handlungsgrundstück** m. Fleischer-  
-ort u. Belbad des Oberharrs  
Grundstück mit Kolonialwa-  
-rengeschäft, am Hauptgeschäfts-  
-straße in Anhalt . . . . . **16 500**

**Handlungsgrundstück**, außerordent-  
-lich verkäuflich in der  
Hauptgeschäftsstraße einer leb-  
-haften Stadt der Ostprovinz  
Geschäftsgrundstück m. Kolonial-  
-warenhandlung, Kaffeebörseri  
und Spirituosenkabinett in  
Kreisstadt Pommerns . . . . . **10 000**

**Bildprojekte** kostenlos durch:  
**KOCH & Co., Berlin W 10**  
Dörnbergstraße 1. Tel.: B 2 Lützow 5933.

**Landwirtschaften**

83 Mrg. Belienboden,  
einfl. i. Mrg. Weide,  
gute Geb. u. leb. u. totes  
Sno. Preisf. 38 000. Anz.  
15 000 M. 70 Mrg.  
Weidb., einfl. 8 Mrg.  
Weide, pr. maß. Gebd.,  
gutes lebb. u. tof. Sno.  
Preisf. 6000 M. Anz.  
17 000 M. heide Wirtsh.  
lieg. im Dorf mit Wohn-  
-station u. nahe der Kreis-  
-stadt Angermünde.

**Handlungsgrundstück**  
Kreisstadt, gute Lage,  
maß. Gebäude, kompl.,  
elektr. Anlage u. Ein-  
-richtung, schöner Baden,  
5 Minn. frei, außerdem  
1800 M. jährl. Mietz-  
-einnahme. Nr. 37 000 M.,  
Anz. 12 000 M., vert. Jof.

**W. Fromm, Angermünde,  
Altkönigsdorfer Straße 10.**  
Telefon 182.  
Bei Besichtigung  
Anmeldung erbeten.

**Vertragliches  
Erbgründergut**

best. Lage Ga. 1.—3. Kl.,  
altersabh. verk. güntf.  
Waldgebiet, Wohn- und  
Stadt 2. Kl. 1. Fl. 12 ha,  
daneb 18 beste Weide u.  
Weide. Eigene Jagd-  
-überkomp. totes u. leb.  
Snoentz. Nur Restf.,  
nicht Vermittelt, die  
nachweislich über ca.  
100 000 M. hat verliert,  
werden bereit, Abz. 12  
bisrest. Ang. unt. 2544  
an das D. Land erbeten.

**Ehem. Deutscher Flottenverein  
Ortsgruppe Hohensalza E. V.**

In jahrelangen Bemühungen ist es endlich  
gelungen, für das von den Polen beschlag-  
-nete Bootshaus in Amire auf Grund des  
Liquidationsabschlusses eine Verabfindung  
zu erhalten.

Diese ist seit der Einlösung der von uns im  
Jahre 1917 herausgegebenen Anteilsscheine  
dienen. Wenn wir damit auch nicht allen  
Wünschen gerecht werden können, so können  
wir schon jetzt mitteilen, daß die Ausschüttung  
des Liquidationserlöses weitlich höher liegen  
wird, als die Aufwertung von Hypotheken.  
Die Ausschüttung erfolgt gegen Einlösung  
der Anteilsscheine. Die Berechtigten werden  
gebeten, ihre Forderung unter Angabe ihrer  
jetzigen Adresse und der Vitz. B. Nr. der An-  
-teilsscheine bei mir bis zum 1. Juli 1932 anzu-  
-melden.

Sollten die Anteilsscheine verlorengegangen  
sein, so haben die Einlösungsberechtigten unter  
Angabe der Vitz. B. Nr. eine Erklärung ab-  
-zugeben, daß sie mit Zulassung des Li-  
-quidationsrichters keine Forderungen mehr an den  
Verein haben.

Berlin W. 9, den 18. 5. 1932,  
Potsdamer Straße 1a.  
J. Bollm.

**M. Kampha, Steueramt-Büro-Vorsteher a. D.,  
Steuer- und Wirtschaftssachverständiger.**

**Nachruf!**

Meinem Manne, **Heinrich Engel, Greifenhagen,**  
gestorben 5. Juni 1931, zum Gedächtnis.

Ein Jahr ist's her, seit Du mich hast verlassen,  
Ein bitteres Jahr, für mich unendlich schwer.  
Ich kann und kann es immer noch nicht lassen,  
Und doch ist's wahr, Dein Mund er spricht nicht mehr.  
Trotz aller Leiden, die Du hast ertragen,  
Qualvoller Schmerzen, oft kaum anzusehn,  
Du hastest doch bis in den letzten Tagen  
Dich noch einmal gelund zu sehn.  
Es sollt' nicht sein. Du hast nun überunden,  
Ruhst schon ein ganzes Jahr in Deinem stillen Haus,  
Schlaf wohl, geliebter Mann, hast ja nun Ruh gefunden,  
Schlaf sanft und ruhig nun von Deinen Leiden aus.  
Ich hab Dich leiden, noch im Schmerz Dich weinen  
Im Menschen, die Dir, ach, so bitter weh getan.  
Wenn sie auch noch so harmlos lachen zu erscheinen,  
Ich kann ja auch noch so harmlos lachen zu meinem Mann.  
Ich kann ja auch noch so harmlos lachen zu meinem Mann.

**Helene Engel, geb. Wellisch, Greifenhagen,  
fr. Hofensalza und Jnin, Provinz Posen.**

**Junge Dilmärkerin**

19 J., gute Kenntniss  
in Kochen, Nähen und  
Blättern (sehr gute Zeug-  
-nisse), sucht Stellung.  
Gef. Angeb. unter 2548  
an das D. Land erbeten.

**Ostmärker, 25 J.,  
ev., sucht für sofort  
oder zum 1. Juli**

**Anstellung**

geleiteter Kaufmann,  
mit guten Zeugnissen,  
Führerschein Kl. 1a und  
11b. Gef. Ang. unter  
2548 an das D. Land  
erbeten.

**Nettes gewandtes  
Mädchen**

zur Mithilfe im Haus-  
-halt und Bedienen der  
Gäste sofort gesucht.  
Bemerkungen mit Bild  
und Gehaltsansprüchen  
erbeten unter Postfach  
36, Miesdorf/Dietz.

**Übersetzungen**

polnisch, russisch,  
tschechisch. Schrift-  
-liche Arbeiten billig.  
**Fritz Bittower,  
Berlin W 35, Nagde-  
-burger Str. 30, 1. Tel. 12:  
B 2, Pflanz 3469.**

**Die Festschrift**

die zur Feier des 25-jährigen Be-  
-stehens der Kreisfische-  
-rei in St. Pazaros und der Mathäi-  
-kirche in Wlode von den Herren  
D. R o s h e und B r u m m a l  
in Posen herausgegeben worden  
ist, und die in Nummer 19  
(S. 224) von Pastor G r i t t e r  
empfohlen wird, ist von größtem  
Interesse für Al.chem. ev. Posener.

Bestellungen auf diese Festschrift können  
unter gleichzeitiger Einbindung des für  
unzere Leier ermäßigten Betrages von  
80 Pf. und 20 Pf. für Polzeigebild  
und Verpackung, zusammen also 1 RM., auf  
das Postfachkonto Berlin 104 726 an uns  
aufgegeben werden.

**Deutscher Ostbund**  
Abteilung Buchverand  
Berlin W 30, Mohrstraße 22.

**Preuß. Staats-Lotterie**

**Lose 3. Kl. am 15. und 16. Juni**

Ziehung:  
Zu haben bei **Staat. Lotterie-Einnahme-  
Swinna, Berlin W 35,  
Potsdamer Str. 116a**  
Ecke Lützowstraße.  
Irthrer in Kattowitz, O.S. Tel. Lützow 3693.